

BULLETIN

NUMMER 3 | September 2015



-
- * 4 Regierungsrat – Bewährungsprobe kommt noch *
 - * 6 Sparpolitik I – Führend bei Steuern und Wirtschaft *
 - * 14 Sparpolitik IV – Mit bürgerlicher Politik in die roten Zahlen *
 - * 16 Sparpolitik V – Die Zeche zahlt die Bevölkerung *
 - * 20 Sparpolitik VI – Sparpaket – wie weiter? *
-

2

3 Editorial

Staatliche Mag rsucht

4 Regierungsrat

Bewährungsprobe kommt noch

5 Fussabdruck

Leben auf grossem Fuss

6 Sparpolitik I

Führend bei Steuern und Wirtschaft

10 Sparpolitik II

Wem kommt der Reichtum zugute?

12 Sparpolitik III

Liegt die Schuld beim NFA?

14 Sparpolitik IV

Mit bürgerlicher Politik in die roten Zahlen

16 Sparpolitik V

Die Zeche zahlt die Bevölkerung

20 Sparpolitik VI

Sparpaket – wie weiter?

22 Nationalratswahl

Stimmenfang

24 Frontal

25 Serviceteil

Buch
Kino
Veranstaltungen
Adressen
Impressum



Die Götter herausfordernd ... «Wie kannst Du es wagen, Nein zu uns zu sagen!»
«Und was könnt Ihr mir noch antun, was mir noch nicht angetan wurde?»

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Grünes Forum Hünenberg
- Grüne Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten

- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur
- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Staatliche Magersucht

Das Redaktionsteam des BULL TINS

3



Der Kanton Zug ist magersüchtig. Er leidet an einem selbstzerstörerischen Sparwahn. Das Haushaltsdefizit muss durch tiefere Budgetkürzungen verschwinden und zugleich genehmigt die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat weiterhin die Staatsausfälle. Bürgerliche gegen die «böse NFA» die Schuld. Alle wussten bereits vor Jahren, dass es ohne baldige Massnahmen zu einem Defizit kommen würde. Schuld sind die anderen. Kein Hauch von

Selbstkritik. Ein für Suchtkranke typisches Verhalten. Sparen wie verrückt und Struktur halten, oder sogar weiter sinken. Das ist selbstzerstörerisch und macht auf Dauer die Gesellschaft kaputt. Die Schwächeren werden räumlich und sozial verdrängt, ihre Chancen beraubt. Die Reichen ziehen sich in ihre Ghettos zurück. Man wird sich zum Himmel erheben. Das ist keine gute Entwicklung für den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Das Redaktionsteam des BULL TINS hat die Chance gepackt und auf Initiative seiner Kantonsratsfraktion der Alternativen – die Grünen eine Sonderrunde zum Thema rund um das Sparveröffentlichung, seine Hintergründe und seine Bedeutung für die Zug Bevölkerung und ihre Zukunft umfassend und vollständig zu erklären. ■

Bewährungsprobe kommt noch

Manuela Weichelt-Picard, Regierungsrätin der Alternativen – die Grünen Kanton Zug | Bild Paula Gisler

4 Emotionaler Schlagabtausch, Stimmen der Vernunft oder gar explizite Solidarität mit Menschen in Not? Auf der Suche nach Plätzen für Asylsuchende muss sich der Kanton auf die Launen des Wahlherbstes einstellen. Auch wenn er bloss seine vom Bund erteilten Hausaufgaben macht, ist vermehrt mit Widerstand zu rechnen.

Es ist schwierig, die Stimmung abzuschätzen, wenn die Bevölkerung zu einer Informationsveranstaltung geladen ist, an welcher die Exekutive über eine künftige Asylunterkunft orientiert. Gibt es einen verbalen Schlagabtausch? Ein emotionales Hickhack? Oder lässt sich die Bevölkerung mit sachlichen Informationen überzeugen? Erfährt die Eröffnung einer Asylunterkunft bei der Bevölkerung gar Zuspruch und zeigt man sich spontan solidarisch mit Menschen in Not?

Der Abend im August, als die Direktion des Innern, gemeinsam mit der Baudirektion und dem Gemeinderat Cham über die temporäre Asylunterkunft in der Zivilschutzanlage Schluecht informierte, war insofern sehr aufschlussreich. Es zeigte sich, dass Fakten und Zahlen sowie das Darlegen von Zuständigkeiten zwar unerlässlich sind, um den Informationsbedarf zu stillen, doch vor allem die zentrale Botschaft von Relevanz ist: Kanton und Cham ziehen am selben Strick und nehmen bei den vom Bund erteilten «Asyl-Hausaufgaben» gemeinsam Verantwortung war. Der Bund weist dem Kanton Zug 1,4 Prozent der Asylsuchenden zu.

Wer ankündigt, die Ängste der Bevölkerung wahr- und ernst zu nehmen, muss mit den Leuten in einen Dialog treten, präsent sein und auch Antworten auf Fragen liefern, die aus Sicht der Politik als unwichtig, kleinlich oder vielleicht sogar deplatziert erscheinen. Den politischen AkteurInnen ist es zusammen mit einem kompetenten Vertreter der Zuger Polizei gelungen, den rund 50 anwesenden Quartierbewohnenden darzulegen, dass die Nutzung der ZA Schluecht vorübergehend eine sinn-

volle Lösung ist. Umgekehrt zeigte sich das Publikum dankbar für die Möglichkeit der Stellungnahme: Warum gerade Cham? Und was, wenn die Asylsuchenden bleiben? Warum dürfen die Asylsuchenden bis 23 Uhr unterwegs sein? Gehen sie einer Beschäftigung nach oder sitzen sie den ganzen Tag herum? Verfügen sie über ein Handy oder einen WLAN-Zugang? Wie viel Geld pro Tag und Person steht für drei Mahlzeiten zur Verfügung?

Anrecht auf Information

Keinesfalls dürfen solche Informationsanlässe zu Alibiübungen verkommen, die man nur der guten Form halber durchführt. Es ist immer gut, politische Sachgeschäfte gegenüber direkt Betroffenen erklären und verteidigen zu müssen. Darauf haben Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht. Umgekehrt müssen private Land- und Liegenschaftsbesitzende, die dem Kanton Angebote für Asylunterkünfte unterbreiten bzw. entsprechende Abklärungen für eine solche Nutzung in die Wege leiten, dies ungehindert tun können. Ein Aufschrei, wie er nach Bekanntwerden einer privaten Bauanfrage in Baar laut wurde, ist nicht angebracht. Grundsätzlich gilt: Befindet sich eine Liegenschaft in der Wohnzone und liegt ein taugliches Betriebskonzept vor, spricht nichts dagegen, Asylsuchenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Am besten ist es immer noch, weltweit das Übel an der Wurzel zu packen. Sprich, Rahmenbedingungen zu schaffen, die verhindern, dass Millionen von Menschen auf der Flucht sind. Migration wird nicht zuletzt durch eine teilweise fragwürdige Wirtschafts- und Handelspoli-



tik, durch Waffenexporte und durch einen nicht nachhaltigen Lebensstil verursacht, wodurch Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen zerstört werden.

Die Diskussionen und Debatten der jüngste Vergangenheit zeigen: Die Akzeptanz in der Bevölkerung schwindet, die Fronten verhärten sich im Wahlherbst.

Die derzeitigen Flüchtlingszahlen rund ums Mittelmehr deuten darauf hin, dass die Bewährungsprobe erst begonnen hat. Dass jeder Asylantrag sorgfältig geprüft wird, gebietet die humanitäre Tradition der Schweiz und muss unumstössliches Prinzip bleiben. Wird er aber abgelehnt und das Herkunftsland als sicher erklärt, muss es möglich sein, die Betroffenen rasch heimzuführen. Auch der Bund muss seine Hausaufgaben machen. ■

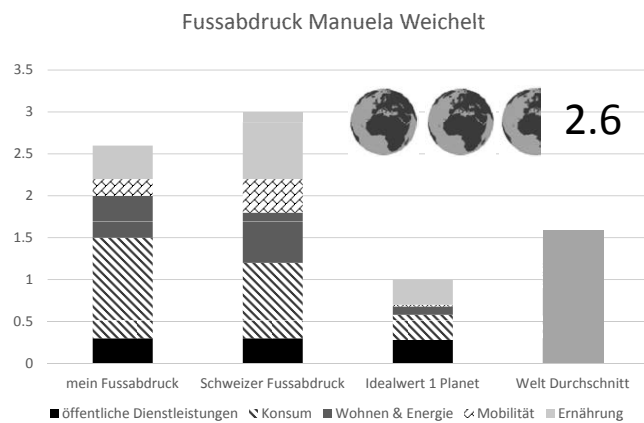
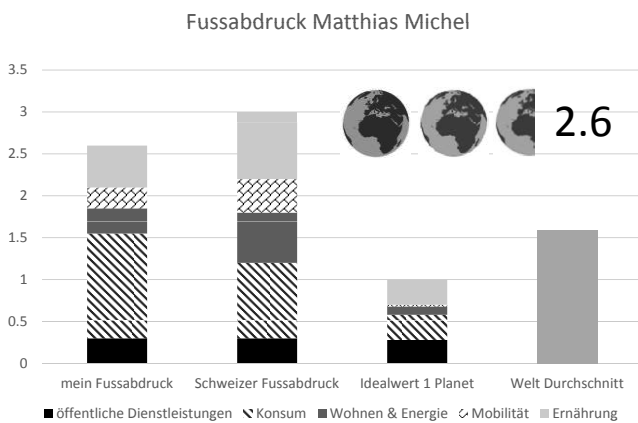
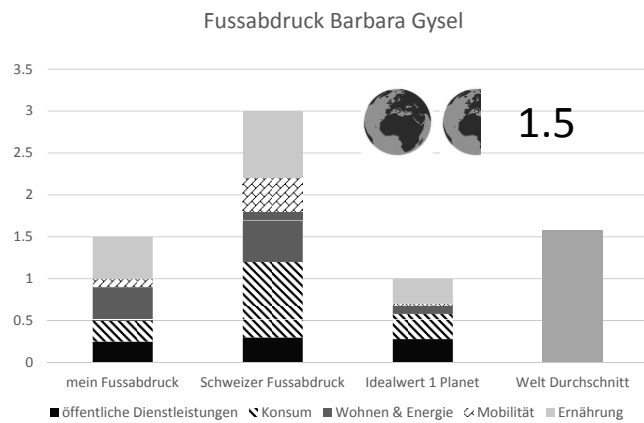
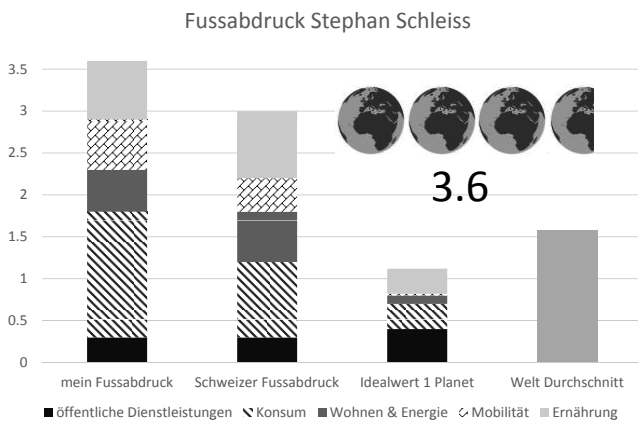
Leben auf grossem Fuss

BULLETIN | Illustrationen BULLETIN

Anlässlich der Beschäftigung mit dem persönlichen Fussabdruck (siehe Interview 2000 Watt im Bulletin Nummer 2 vom Juni 2015) baten wir Exponenten der Zuger Politprominenz um ihren ökologischen Fussabdruck.

5

Wagen Sie das Experiment für sich und unseren Planeten auf http://www.wwf.ch/de/aktiv/besser_leben/footprint



Führend bei Steuern und Wirtschaft

Andreas Hürlimann, Stefan Gisler und Anastas Odermatt; Kantonsräte Alternative – die Grünen

6

Der Kanton Zug hat sich rasant entwickelt und in den letzten Jahrzehnten teilweise Wachstumsraten hingelegt, die eher an asiatische Tigerstaaten und ihr Bevölkerungswachstum erinnern als an europäische Verhältnisse. Zug ist führend in der Steuerattraktivität, der Verfügbarkeit von Fachkräften und bietet sich als optimaler Standort in einer vernetzten, internationalen Wirtschaft im Einzugsgebiet des Metropolitanraums Zürich an. Eine ideale Ausgangslage für eine florierende Entwicklung. Doch es herrscht Katzenjammer bei den kantonalen Finanzen. Wir zeigen auf den folgenden Seiten die Entwicklung der letzten Jahre auf und ordnen den Kanton Zug im Vergleich ein. Wir wollen verstehen, wie wir bei Steuern und Co. im Vergleich dastehen.

Egal welchen Indikator man im Kanton Zug heranzieht, die Entwicklung im einst beschaulichen Zug war rasant. Die Bevölkerung nahm von 50'000 um 70'000 auf heute über 120'000 Einwohnerinnen und Einwohner zu (vgl. Abbildung 1). Aber auch bei der Anzahl Arbeitsplätze ist die Entwicklung erstaunlich und machte einen Sprung von 22'000 auf 103'000.

Dies zeigt sich auch in den Pendlerbewegungen, heute pendeln mehr Leute von Zürich nach Zug zur Arbeit

als umgekehrt (vgl. Abbildung 2). Nicht weniger rasant war die Entwicklung bei den Motorfahrzeugen, wo der Kanton Zug mittlerweile bei über 94'000 Zulassungen angelangt ist. Nirgends in der Schweiz gibt es zudem so viele Luxuskarossen wie in Zug. Der Zusammenhang zwischen Zugs Reichtum und seiner Autophilie ist in den letzten Jahren immer offenkundiger geworden. Zug war in den vergangenen 55 Jahren der «Porsche» unter den Kantonen. Er fuhr allen anderen davon. Heute stottert der

Motor. Sportwagenpionier Ferdinand Porsche sagte einst: «Wir bauen Autos, die keiner braucht – aber die jeder haben will.» Im Kanton Zug leben offensichtlich auffallend viele Leute, die sich diesen Luxus leisten können und wollen. Und die politische Mehrheit tut aktuell noch alles, damit dies auch so bleibt und das Wachstum bei den Firmen/Gesellschaften rasant weitergeht (1960: 19'000, 2014: 31'000). Besonders eine Partei kann sich dann an anderer Stelle auch wieder relativ einfach über den Zuzug von Ausländern auslassen.

Dass in Zug der Wirtschaftsmotor nach wie vor sehr gut brummt und der Standort fast schon ideal darauf ausgerichtet ist, zeigt auch die Pendlerstatistik. Zug weist gegenüber allen Kantonen mehr Zu- als Wegpendler auf. Besonders stark sind die Unterschiede mit Blick auf die Kantone Aargau und Schwyz, aber auch aus Luzern oder dem Kanton Zürich sind mittlerweile weit mehr Zu- als Wegpendler registriert.

Zugs Steuerpolitik

Nirgends verdienen die Menschen mehr als im Kanton Zug. Nirgends zahlen Reiche aber auch so wenig Steuern wie in Zug. Von den bürgerlichen Parteien wird Zugs Steuerpolitik in den höchsten Tönen gelobt, und wer das Wort «Steuererhöhung» in den Mund nimmt, wird auf eine Art exkommuniziert. Dabei zeigt sich, dass durch die letzten grossen Steuergesetzrevisionen Einnahmeausfälle geschaffen wurden, die nun im Staatshaushalt ein Loch hinterlassen. So fragte der Alternative Kantonsrat Stefan Gisler bereits vor fast vier Jahren: «Glauben Sie noch an die Milchbüchlirechnung, dass es mit ständigen Steuersenkungen der Bevölkerung immer besser geht?» Die Regierung und allen voran der Finanzdirektor und aktuelle CVP-Ständeratskandidat waren aber nicht verlegen und verteidigten jeden Einnahmeausfall als «finanzierbar» und «ausgewogen».

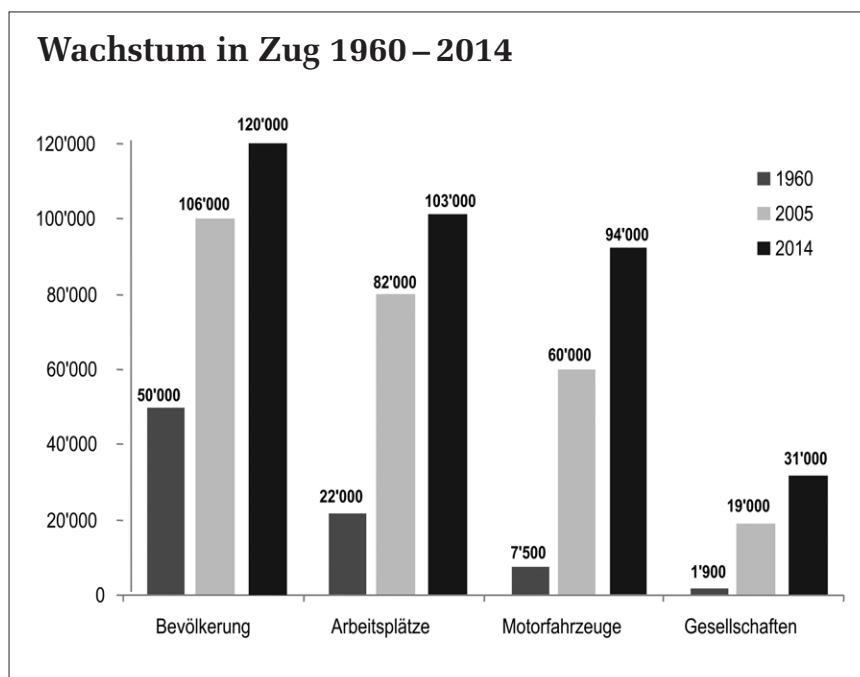


Abbildung 1: Wachstum im Kanton Zug (Quelle: www.zg.ch)

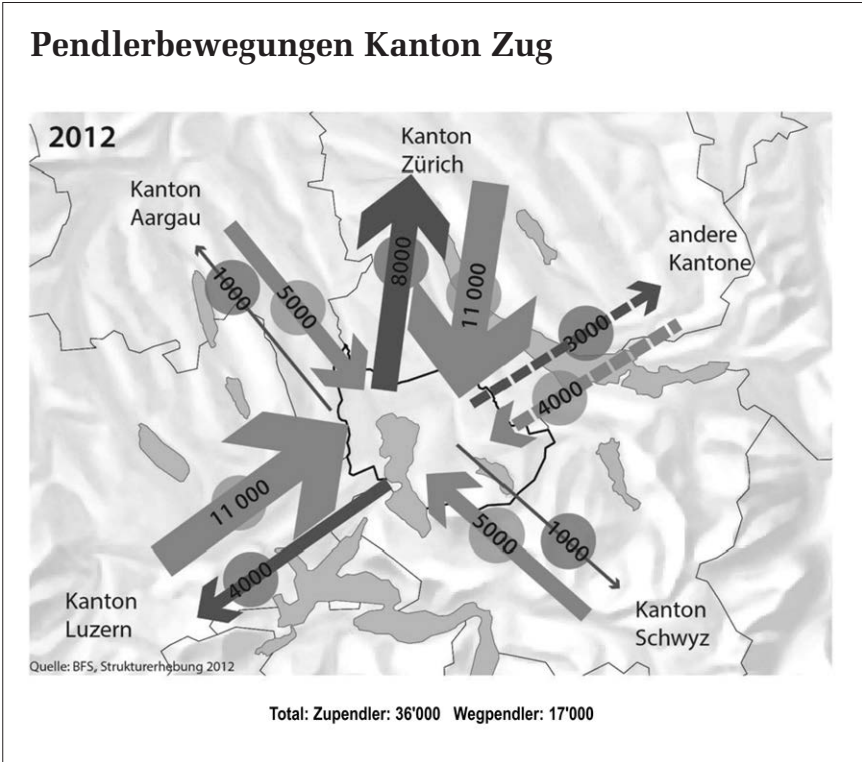


Abbildung 2: Pendlerbewegungen Kanton Zug (Quelle BFS Strukturhebung 2012)

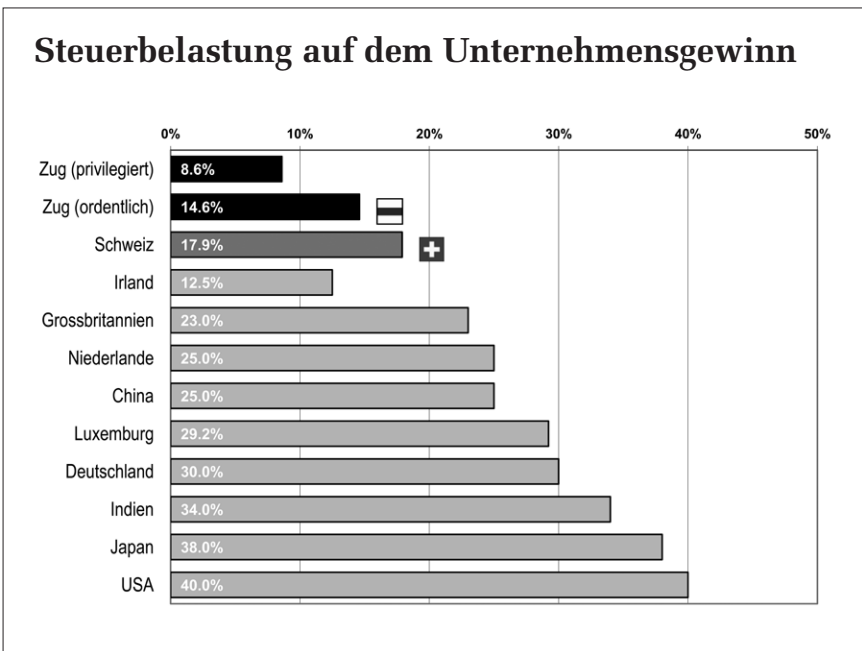


Abbildung 3: Steuerbelastung auf dem Unternehmensgewinn (Quelle: KPMG, Swiss Tax Report 2014)

Schaut man sich die Fakten an, so zeigt sich, dass problemlos Spielraum auch für gewisse steuerliche Anpassungen nach oben bestehen würde. Auch so kann und muss das Loch im kantonalen Finanzhaushalt gestopft werden. So zeigt der Swiss Tax Report der KPMG aus dem Jahr 2014 eine international hervorragende Platzierung der Schweiz und insbesondere auch des Kantons Zug (vgl. Abbildung 3).

Auch bei der Besteuerung der Privatpersonen muss sich sowohl die Schweiz insgesamt, aber auch der Kanton Zug im Spezifischen, nicht verstecken. Unser Kanton rangiert immer in Toppositionen. Der gleiche Report zeigt eine maximale steuerliche Belastung von Privatpersonen im Kanton Zug von 23 Prozent. Die USA mit 40 Prozent oder Deutschland (45 Prozent) sowie die Niederlande (52 Prozent) sind hier mit grossem Abstand im Hintertreffen.

Abbildung 4 zeigt die Platzierung von Zug bei der Steuerbelastung von Unternehmen und hoch qualifizierten Arbeitskräften. Auch hier zeigt sich ein wenig überraschendes Bild. Zug ist landesweiter Spitzenreiter, und ist international gesehen nur hinter Singapur und Hongkong auf Rang 3 platziert. Versetzt man sich in eine Unternehmung, die einen europäischen Hauptsitz oder eine Niederlassung eröffnen will, bietet sich die Schweiz als Ganzes also bereits sehr prominent an. Zug als Spitzenreiter innerhalb der Schweiz kann demnach locker mithalten. Zumal wir neben den rein monetären Vorteilen auch noch weitere Pluspunkte bei der Infrastruktur, der Erschliessung, dem Bildungslevel, der Natur mit ihrem Erholungsraum etc. haben. Und seien wir ehrlich, Singapur und Hongkong eignen sich nicht besonders für eine europäische Niederlassung. Auch dies zeigt: Der viel beschworene Konkurrenzkampf mit diesen Standorten ist häufig zu relativieren. Denn geht es einer Unternehmung nur, und



8

wirklich nur um die Steueroptimierung, dann finden sich heute genügend andere, attraktivere Schlupflöcher als die Schweiz.

Standort- und Wettbewerbsfaktoren

In regelmässigen Abständen wird die Standortqualität der Kantone gemessen, verglichen und national wie international verortet. Dabei wird die Steuerbelastung von juristischen und natürlichen Personen, der Ausbildungsstand der Bevölkerung, die Verfügbarkeit von hoch qualifizierten Fachkräften oder die verkehrstechnische Erreichbarkeit angeschaut. Egal welche Studie man hier zur Hand nimmt, Zug ist gemessen an diesen Faktoren top. Auch in der UBS-Studie von März 2014 war Zug mit Abstand

Spitzenreiter. Interessant dabei ist, dass die UBS hier unter anderem auch die Finanzeffizienz und den Finanzspielraum untersucht hat. Zug schneidet nicht ganz überraschend auch hier gut ab. Und zwar ohne Sparpaket oder Entlastungsprogramm um den Staat wieder «fit zu trimmen».

Quizfrage: Warum braucht es ein Sparpaket?

Die alles entscheidenden Fragen sind nun also: Warum nutzt Zug seine ausgezeichnete Platzierung nicht? Und warum liefert das enorme Wachstum der vergangenen Jahre nicht genug Steuerertrag um die öffentlichen Aufgaben zu finanzieren?

Auf den kommenden Seiten möchten wir aufzeigen, warum der NFA

nicht die Ursache des Zuger Defizits ist, wie das Sparpaket der Regierung konkret aussieht und welche Entwicklungen in Zukunft zu erwarten sind. Wir hoffen, mit dieser Einordnung einen Beitrag zu leisten, um das hastig aufgesetzte und komplizierte «Entlastungsprogramm 2015–2018» der Regierung verständlich zu machen. Trotz Diskussionen um Entlastungsprogramm und Sparpaket: Zug ist nach wie vor ein reicher Kanton. Die Frage ist nur, wem kommt dieser Reichtum zugute? ■

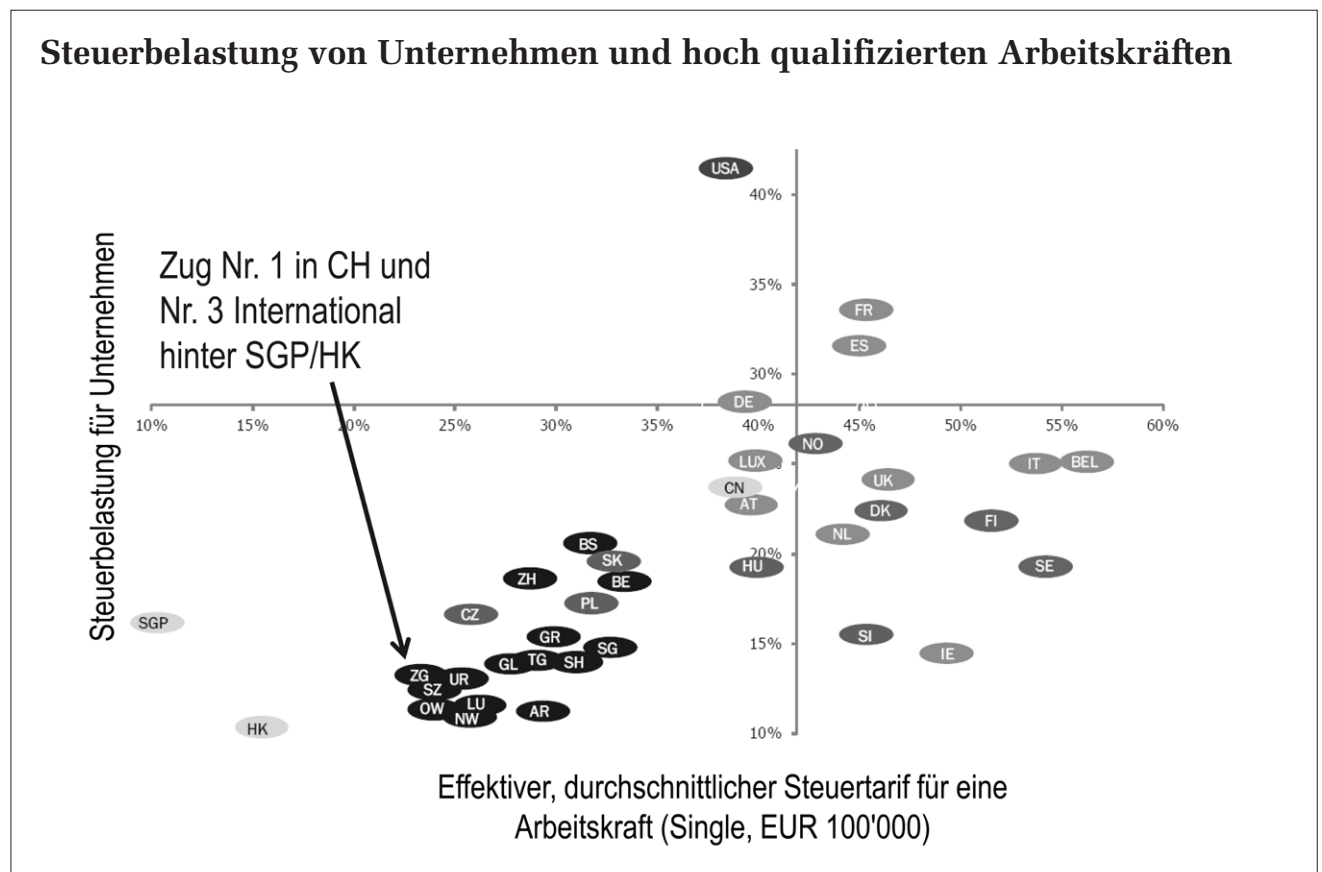


Abbildung 4: Steuerbelastung von Unternehmen und hoch qualifizierten Arbeitskräften (Quelle: BAK Basel Economics, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ZEW, 2013)

Credit Suisse Standortqualitätsindikator 2014

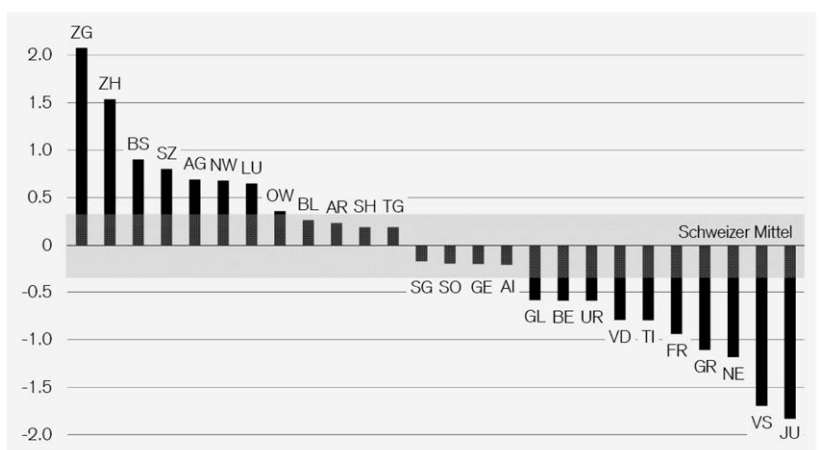


Abbildung 5: Credit Suisse Standortqualitätsindikator 2013

UBS Wettbewerbsindikator Schweiz

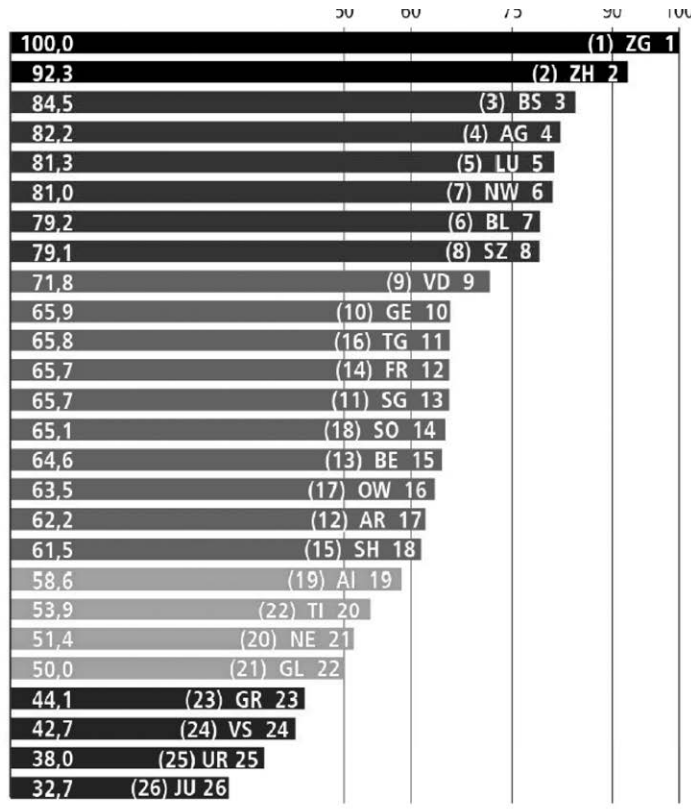


Abbildung 6: UBS Wettbewerbsindikator Schweiz 2014. Kriterien: Staat (Finanzeffizienz & Finanzspielraum), Bevölkerung (Arbeitsmarkt & Humankapital), Standort (Einzugsgebiet & Erreichbarkeit), Unternehmen (Kostenumfeld & Innovation) und Wirtschaftsstruktur (Dynamik & Diversifikation)



Wem kommt der Reichtum zugute?

Andreas Hürlimann, Stefan Gisler und Anastas Odermatt; Kantonsräte Alternative – die Grünen

10

Nirgends verdienen die Menschen mehr als im Kanton Zug. Diese für viele wohl nicht überraschende Aussage hat im Frühling 2014 eine Auswertung auf tagesanzeiger.ch ergeben. Der Zuger Finanzdirektor zeigte sich anschliessend höchst erfreut darüber: Der Reichtum komme allen zugute, meinte er.

Aber nicht nur das: Nirgends zahlen Reiche so wenig Steuern wie in Zug. Zwar zahlen auch die schlechter verdienenden weniger Steuern, gleichzeitig sind die Einkommen aber auch nirgends so ungleich verteilt wie im Kanton Zug. Setzt man den Kanton Zug in einen gesamtschweizerischen Zusammenhang, dann erkennt man riesige Unterschiede zwischen den Kantonen und Regionen. Kann das gut sein für den Zusammenhalt der geografisch gesehen kleinen Schweiz? Wir meinen klar: Nein! Wichtig für

die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist, was am Schluss übrig bleibt. Und hier sieht die Rangfolge ganz anders aus!

Ein zentrales Kriterium dies zu messen, ist das frei verfügbare Einkommen. Es ist auch ein Indikator für die finanzielle Wohnattraktivität einer Region. Das frei verfügbare Einkommen zeigt jenen Betrag, der einem Haushalt nach Abzug sämtlicher Steuern sowie Fix- und Pendelkosten vom Bruttoeinkommen zur Verfügung steht. Im Vergleich der Kantone

belegt Zug hier den abgeschlagenen 19. Rang. Von unseren Nachbarkantonen verfügt einzig der Kanton Zürich über eine niedrigere finanzielle Wohnattraktivität. Für Mittelstandshaushalte kann sich deshalb ein Umzug in die Kantone Aargau, Luzern oder Schwyz lohnen. So das Fazit einer Studie der Credit Suisse, welche im Januar vor einem Jahr publiziert wurde. Hat der Finanzdirektor daran auch Freude? Wir und alle andern alternativen und grünen Kräfte im Kanton Zug sind darüber jedenfalls ganz und gar nicht erfreut.

Tiefe Steuern führen zu sozialer Verdrängung

Zug hat das höchste Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum der deutschsprachigen Schweiz. Wohl

Positionierung der Kantone mit Durchschnittseinkommen und dessen Wachstum

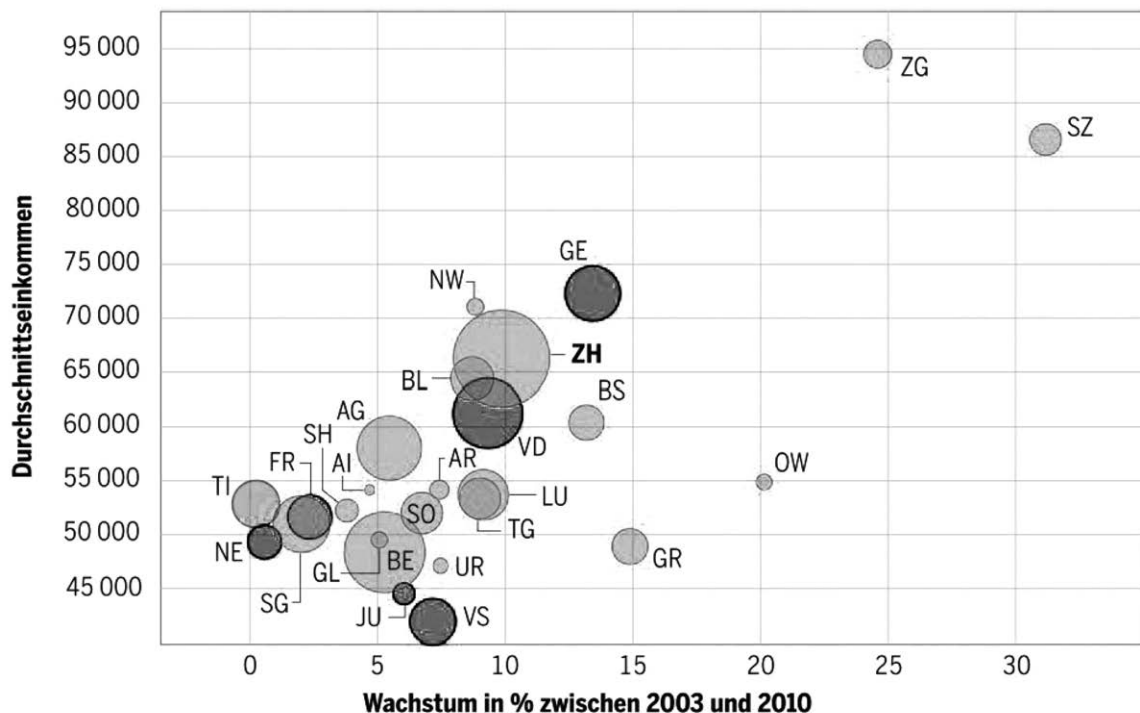


Abbildung 7: Positionierung der Kantone mit Durchschnittseinkommen in Franken und dessen Wachstum in Prozent (Quelle: tagesanzeiger.ch)

Frei verfügbares Einkommen in den Kantonen

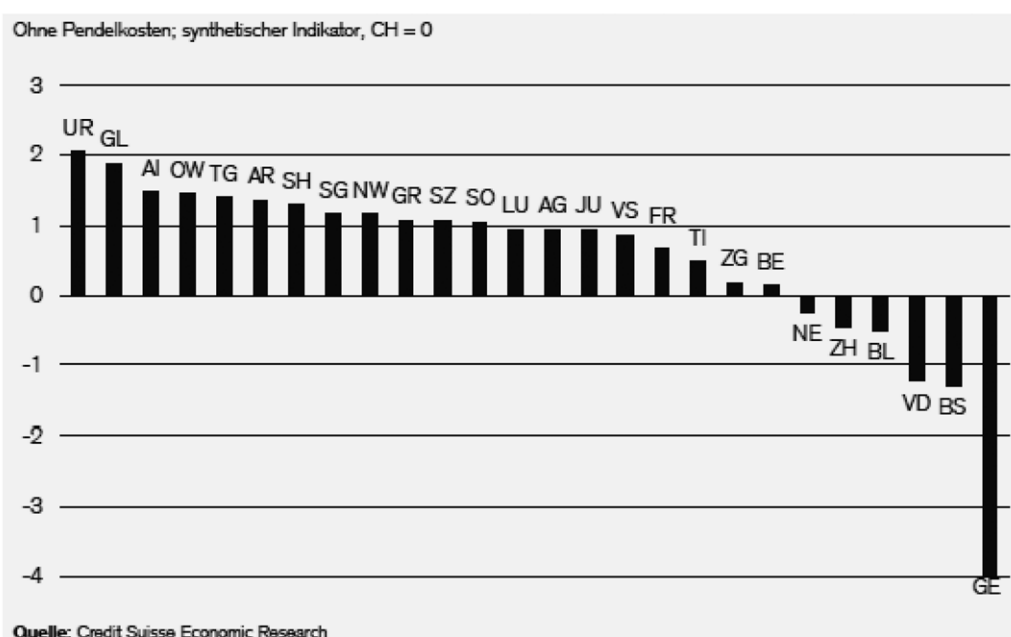


Abbildung 8: Frei verfügbares Einkommen in den Schweizer Kantonen (RDI-Indikator) 2011 (Quelle: Credit Suisse Economic Research)

auch darum ist die Verdrängung einer immer grösseren Bevölkerungsschicht ein Problem. Dies hat einen simplen ökonomischen Grund: Ein Produkt oder in unserem Fall ein Standort hat einen Preis. Dieser widerspiegelt in den meisten Fällen die Vorzüge dieses Standorts. Eine hohe Attraktivität führt daher zu einer höheren Nachfrage. In unserem Fall einer Nachfrage nach (oftmals grosszügigem und luxuriösem) Wohnraum, was sich schlussendlich in höheren Immobilien- und Bodenpreisen, aber auch in höheren Lebenskosten im Allgemeinen zeigt. Im Kanton Zug ist zudem die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen einer der «Motoren» der sozialen Verdrängung. Familien und Personen, die sich diese Umwandlungen nicht leisten können (Normal- und Wenigverdienende), müssen unseren Kanton deswegen oft verlassen.

Zug soll kein Monaco werden

Aufgrund dieser Entwicklungen besteht die Gefahr, dass unser Kanton nur noch für reichere Leute und für Familien aus der oberen Mittelschicht und aufwärts eine Heimat werden oder bleiben kann. Dabei ist gerade die soziale Durchmischung eine Stärke einer Gesellschaft. Es gilt, die Bevölkerung zu durchmischen und zu verhindern, dass sich Gemeinschaften aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer sozioökonomischen Stellung abkapseln (Ghettoisierung). Zug soll nicht zu einem weiteren Monaco werden, das haben wir Alternative und Grüne bereits vor Jahren postuliert. Andere Parteien sind auf den Themenzug aufgesprungen. Allerdings wollen nicht alle das Wachstumsproblem der hohen Lebens- und Wohnkosten und der damit einhergehenden sozialen Verdrängung wirklich angehen und lösen. Gerade mit Blick

auf das aktuell diskutierte kantonale Sparpaket kommen solche Themen noch weiter unter Druck oder drohen dem Sparwillen der Mehrheit der Regierung und wohl auch des Parlaments geopfert zu werden. Denn dies würde eine starke Korrektur des bereits eingeschlagenen politischen Kurses in Zug bedeuten und wohl auch ein Eingeständnis, dass die Politik der ewigen Steuersenkungen nicht aufgegangen ist. Eine Korrektur wäre aber dringend nötig, damit alle vom Reichtum Zugs profitieren können. Leider driftet die kantonale Politik gerade in eine andere Richtung und baut Leistungen gerade auch für sozial schwächer gestellte Einwohnerinnen und Einwohner ab. ■

Liegt die Schuld beim NFA?

Andreas Hürlimann, Stefan Gisler und Anastas Odermatt; Kantonsräte Alternative – die Grünen

12 Die vier bürgerlichen Parteien haben sich diesen Sommer überboten in der Einreichung von wirkungslosen bis peinlichen Vorstössen zur Senkung des Zuger NFA-Beitrags. Einige Kantonsräte haben auch den Anstand gegenüber den freundeidgenössischen Kantonen verloren und bezeichneten die NFA-Nehmer als «Wegelagerer» und «Parasiten» – und das NFA-System als amoralisch. Dicke Post!

Es ist aber ein unkoordiniertes Abfeuern von NFA-Nebelpetarden, die wohl vor allem eines bewirken wollen: CVP, SVP, FDP und GLP wollen zusammen mit dem Regierungsrat von ihrem eigenen finanzpolitischen Versagen ablenken. Ein Versagen der Steuersenkungspolitik, das Zug in die roten Zahlen geführt hat und wofür die Bevölkerung nun mit einem Sparpaket büssen soll. Die Vernebelung hat auch zum Ziel, die Steuerprivilegien für die NFA-Verursacher aufrechtzuerhalten und gegenüber der Bevölkerung das Sparpaket als primär vom NFA verursacht darzustellen.

Hohe Kosten waren absehbar

Dazu gilt es zu sagen: Ja – die steigenden NFA-Kosten belasten Zugs Staatskasse erheblich. Aber das war absehbar – und zwar seit der Einführung des NFA. Der Finanzdirektor selbst warnte schon 2008 vor der Kostenentwicklung. Aber der Kantonsrat und die Regierung beachteten den NFA in ihren weiteren Entscheiden nie angemessen. Zwar lamentierte man öffentlich laut, doch in der Realität wurde Zugs extrem wachstumsorientierte Wirtschafts- und Tiefsteuerpolitik fortgesetzt. Fünf Steuergesetzrevisionen alleine in den letzten paar Jahren führten bei Kanton und Gemeinden zu Einnahmeverlusten von jährlich über 200 Millionen. Ja, Vermögende und gewinnstarke Firmen zogen zu. Aber so produzierte Zug den enormen Anstieg seines Ressourcenpotenzials und somit die hohen NFA-Kosten wissentlich und selber.

Einsame Spitze

Der aktuelle Wirksamkeitsbericht des Bundesrates zum Finanzausgleich zeigt, dass Zug 2014 mit 245 Indexpunkten das mit Abstand höchste Po-

tenzial hatte. Von 2014 bis 2015 stieg Zugs Ressourcenpotenzial nochmals um rekordverdächtige 10 Prozent auf 261,4 Punkte. Und die Regierung schrieb in ihrem Bericht, dass wir 2016 bei 264,5 Indexpunkten sein werden. Das zweitplatzierte Schwyz hatte 2014 ganze 159 Punkte, weit abgeschlagen hinter Zug. Das wirtschaftsstarke Zürich erreichte sogar nur 118 Punkte. Am Ende der Rangliste liegt Uri mit 87 Punkten – und das ist der Zuger Regierung gemäss ihrer Antwort zu hoch. Das ressour-

Ressourcenindex 2014

Abbildung 5.20 Ressourcenindex vor und nach Ressourcenausgleich 2014

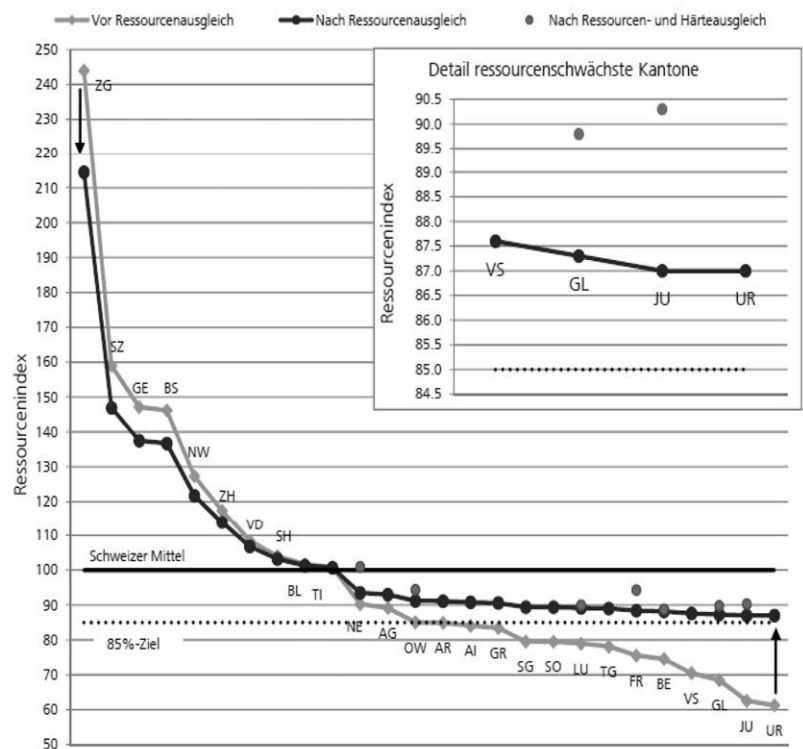


Abbildung 5.21 zeigt den Index SSE nach Ausgleich des ressourcenschwächsten Kantons (UR) in den Jahren 2008-2014.

Abbildung 9: Ressourcenindex vor und nach Ressourcenausgleich 2014 (Quelle: Wirksamkeitsbericht 2012–2015 des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen)

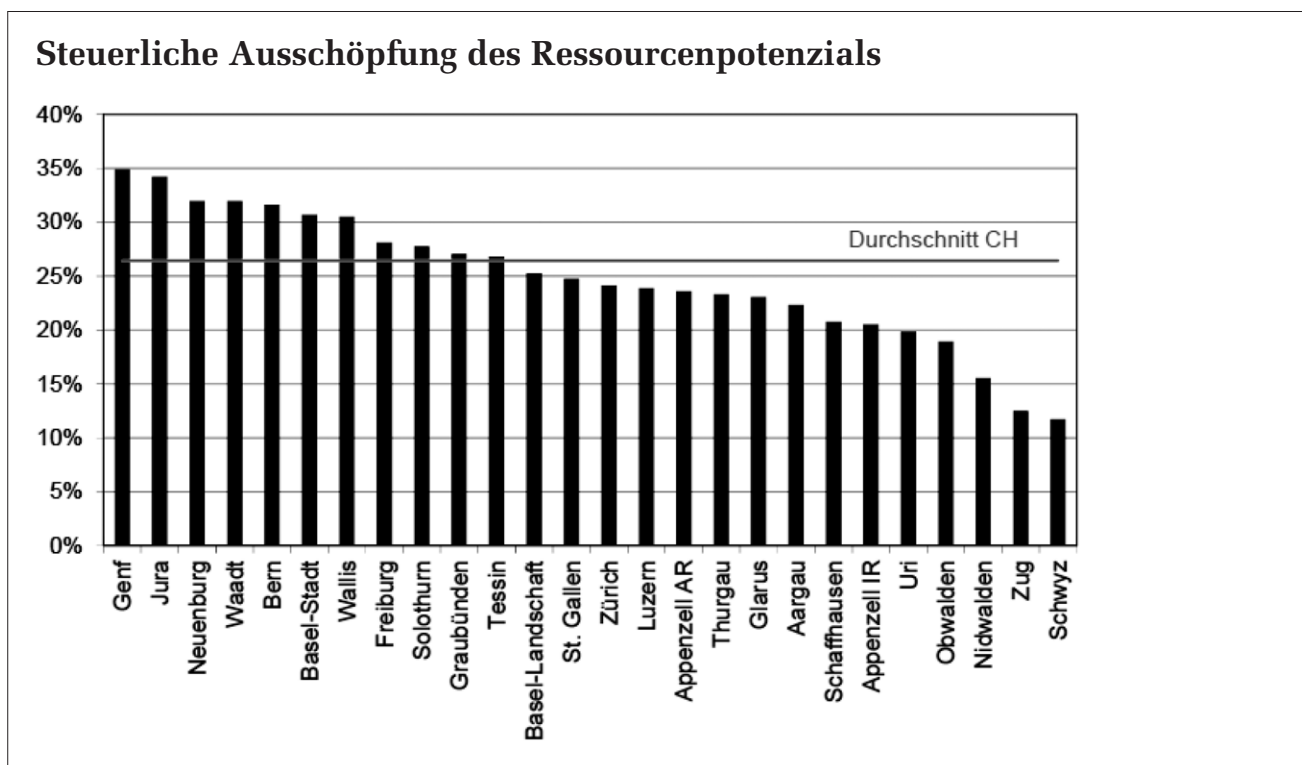


Abbildung 10: Steuerliche Ausschöpfung des Ressourcenpotenzials 2015 nach Kantonen in Prozent (Quelle: Steuerausschöpfungsindex 2015, Eidgenössische Finanzverwaltung EFV)

censtarke Zug will Uri mit allen Mitteln und völlig unsolidarisch auf das gesetzlich vorgesehene Minimum von 85 Indexpunkten zurückdrängen. Betrachten sie das Ganze einmal aus Urner Perspektive: Deren wirtschaftliche Leistungskraft stagniert – unsere explodiert, doch wir jammern lauter als alle anderen zusammen.

Vor der eigenen Haustür kehren

Was in der Debatte im Kantonsrat und auch in der Berichterstattung der lokalen Medien fehlt, ist Selbstkritik. Zumindest ein Hauch davon. Ein gewisses Einsehen in die eigene Verantwortung, die Zug trägt, wäre vor allem angebracht angesichts unserer steuerlichen Ausschöpfung des gewaltigen Ressourcenpotenzials von gerade mal kümmerlichen 12 Prozent. Nur im Kanton Schwyz ist die Ausschöpfung noch leicht tiefer. Aber die Schwyzerinnen und Schwyzer haben

gemerkt, dass sie so ihre Staatskasse ruinieren und zumindest leichte Steuererhöhungen beschlossen. Zug aber ist der wirtschaftlich stärkste Kanton, hat das höchste Ressourcenpotenzial, somit auch die höchste NFA-Rechnung und dennoch ist man nicht bereit, darüber nachzudenken, ob die steuerlich privilegierten juristischen und natürlichen Personen, also die Verursacher der hohen NFA-Kosten, anteilmässig nicht viel zu wenig daran zahlen. Unsere Haltung ist dabei klar – wir müssen nicht nur dauernd mit dem Finger auf Bern und die anderen Kantone zeigen, sondern auch vor der eigenen Haustür kehren. Denn solange Zug eine steigendes Ressourcenpotenzial und eine solch tiefe steuerliche Ausschöpfung hat, haben wir argumentativ zu Recht einen schweren Stand gegenüber den anderen Kantonen. ■

Mit bürgerlicher Politik in die roten Zahlen

Andreas Hürlimann, Stefan Gisler und Anastas Odermatt; Kantonsräte Alternative – die Grünen

14

Die ALG erinnerte die Regierung immer wieder explizit daran, dass das heutige strukturelle Defizit des Kantons von Kantonsparlament und Regierung herbeigeführt wurden. Einerseits durch das Ignorieren der NFA: Denn die Kosten der NFA stiegen durch das Zuger Wachstums- und Steuermodell stark an. Zuziehende gewinnstarke bzw. vermögende juristische und natürliche Personen erhöhten Zugs Ressourcenpotenzial. Gleichzeitig schöpft Zug nur 12 Prozent dieses Potenzials steuerlich ab. (Siehe auch Artikel «Liegt die Schuld beim NFA?»)

Andererseits glaubten Regierung und Kantonsratsmehrheit, die Einnahmeausfälle seiner mehrfachen Steuer-senkungen der letzten Jahre mit Zuzug von neuem Steuersubstrat (Firmen- und Personenwachstum) kompensieren zu können. Das erwies sich als falsch. Bei der Rechnung 2014 lagen die Einnahmen der kantonalen Fiskalerträge 55,2 Millionen, die der Bundeserträge um 31,5 Millionen unter Budget.

Zug nur noch Mittelmass

Die ALG hatte in den letzten Jahren mehrfach auf das Risiko hingewiesen, dass mit dieser einseitigen Finanz- und Steuerpolitik der Staatshaushalt in die roten Zahlen abdriften wird. Die Regierung hat 2006 bis Juni 2014 öffentlich immer kundgetan, dass sich Zug die Steuersenkungen leisten kann und will, ohne dass öffentliche Dienstleistungen abgebaut werden müssten. Heute müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die Regierung sehr wohl Leistungen für die Bevölkerung abbauen will. Es ist ihr nicht gelungen, eine schweizweit und international hervorragende wirtschaftliche Ausgangslage so nachhaltig zu nutzen, dass die Leistungen für die Bevölkerung hervorragend bleiben. Zug rutscht bezüglich Leistungen für die Bevölkerung ins Mittelmass!

Steuersenkungen rächen sich

Als Zug hohe Überschüsse erzielte, wurde argumentiert, dass gemäss Finanzhaushaltgesetz (FHG) ausgleichende Finanzen das Ziel sein müssen,

dass kein struktureller Überschuss erzielt werden dürfe und darum die Steuern zu senken seien. In Anwendung derselben Logik müssten unter den heute umgekehrten Vorzeichen eines strukturellen Defizits Steuererhöhungen beschlossen werden. Ir-



ritierenderweise will die Regierung Steuererhöhungen (noch) nicht umfassend im Rahmen des vorgeschlagenen Entlastungsprogramms diskutieren. Die ALG ist an einem gesunden Staatshaushalt sowie qualitativ gutem Service public interessiert. Wir sind sehr wohl offen für sinnvolles Bremsen des Ausgabenwachstums bei gleichzeitiger Diskussion über gezielte massvolle Steuererhöhungen.

Wir erwarten deshalb von der Regierung, dass sie nebst Sparpotenzial klar aufzeigt, welche Steuern erhöht werden könnten. Nur so können Kantonsrat und Bevölkerung in Kenntnis aller Fakten über richtige Massnahmen entscheiden.

Sparen auf dem Buckel der Schwächsten

Im gesamten Sparpaket kritisieren wir besonders das schlecht abgesprochene Abschieben von Aufgaben an Gemeinden, den Sparfokus auf die Bildung sowie die Austrocknung von sozialen Dienstleistungen zugunsten der Schwächsten. Auch bei der Mobilität wird durch den nun umgesetz-

ten ÖV-Abbau an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbeipolitisiert. So hat beispielsweise die Umfrage nach der für die Regierung vernichtenden Stadttunnel-Abstimmung ergeben, dass sich die Zugerinnen und Zuger mehr statt weniger ÖV wünschen. Fazit: Zug muss massvoller wachsen, zukunftsfähige und finanzierbare Investitionen tätigen und gezielt Steuererhöhungen ins Auge fassen. ■

Andreas Hürlimann, Kantonsrat Alternative – die Grünen

Nein zu zusätzlichen Steuerausfällen

Auch im laufenden Jahr hat der Kantonsrat weitere Steuerausfälle beschlossen. Das bereits diskutierte Sparpaket des Regierungsrats wie auch die aktuell grossen Defizite bei den kantonalen Finanzen oder der Widerstand der Gemeinden konnte die bürgerliche Mehrheit im Rat nicht umstimmen. Neu gilt der Eigenmietwertabzug mit einem Einschlag von 40 Prozent auch für selbstbewohnte Liegenschaften/Wohnungen im unentgeltlichen Nutzungsrecht. Damit wurde eine CVP-Motion erfüllt.

Mitte 2011 gab es im ganzen Kanton Zug nur rund 300 Liegenschaften, die mit einem Wohnrecht oder einer Nutzniessung belastet waren. Solche Konstellationen traten fast nur im Bereich der Landwirtschaft auf. Dabei ging es neben erbrechtlichen Überlegungen in erster Linie darum, sich die Liegenschaft im Falle eines kostenintensiven Pflegeheimaufenthalts nicht als Vermögen anrechnen zu lassen. In der zweiten Jahreshälfte 2011 setzte ein wahrer Übertragungsboom selbstgenutzter Liegenschaften von gut situierten Eltern auf ihre zum Teil noch minderjährigen Kinder ein. Diese Übertragungen standen in Zusammenhang mit der Rückwirkungsklausel der eidgenössischen Erbschaftssteuerinitiative. Der Kantonsrat diskutierte vor dem hitzigen Sommer 2015 also primär eine Veränderung des Steuergesetzes, welche neu primär vermögende, gut situierte Personen betrifft.

In Zeiten von Sparpaketen zusätzliche Einnahmeausfälle zu beschliessen, geht für die Fraktion der Alternativen – die Grünen einfach nicht auf! Denn eine Aufhebung der Praxis hätte jährliche Steuerausfälle von rund 800 000 Franken alleine beim Kanton zur Folge, hinzu kämen noch einmal rund 640 000 Franken zulasten der Gemeinden. Angesichts der momentanen Finanzlage erschienen uns solche Entlastungen nicht sachgerecht. Das war auch die Meinung der Gemeinden, welche bis auf eine Ausnahme diese Änderung klar ablehnen.

Fassen wir zusammen: Es handelt sich um ca. 650 Fälle, wobei die durchschnittliche steuerliche Mehrbelastung aktuell rund 1200 Franken beträgt. Es betrifft vor allem gut situierte Personen, welche mit Angst vor der Erbschaftssteuer-Initiative gehandelt und dabei nicht alle Konsequenzen im Kanton Zug bedacht haben. Dabei ist die Situation lange nicht so systemfremd wie jetzt von einigen Seiten im Parlament postuliert wird. Selbst Peter Hegglin hat hierzu richtigerweise Aussagen gegen seine eigene Partei bei seinem Eintretens-Votum gemacht. Zudem gibt es für Kanton und Gemeinden Steuerausfälle, die in der aktuellen Situation nicht zu rechtfertigen sind. Die Kantonsratsfraktion der Alternativen – die Grünen lehnte daher den Antrag der vorberatenden Kommission sowie der Staatswirtschaftskommission (einst das finanzielle Gewissen des Kantons) einstimmig ab. Der Rat hat an seiner Sitzung vom 25. Juni schlussendlich mit 50 zu 19 Stimmen zusätzliche Steuerausfälle beschlossen.

Die Zeche zahlt die Bevölkerung

Andreas Hürlimann, Stefan Gisler und Anastas Odermatt; Kantonsräte Alternative – die Grünen

16 Im vergangenen März informierte der Regierungsrat zum ersten Mal über seine Massnahmen zum Entlastungsprogramm 2015–2018. Die Regierung will den Kanton jährlich um über 110 Millionen Franken entlasten. In Wahrheit werden aber die Bevölkerung und Gemeinden belastet.

Mit der Umsetzung des Sparpakets wird der Kanton Zug ein weniger attraktiver Arbeitgeber, tragen doch kantonale Angestellte allein einen grossen Teil der Lasten. Stichworte hier: Mehr Lohnstufen, Kürzung der Beförderungssumme um die Hälfte oder sogar ein Stellenabbau sowie Ausbaustopp bis sicher ins Jahr 2018. Der Abbau von Personal mit «Sparpotenzial» von über 16 Millionen scheint uns wenig nachhaltig. So kann der Kanton das Firmen- und Personenwachstum sowie zunehmende Aufgaben weder qualitativ noch quantitativ bewältigen. Der Kanton gefährdet dadurch seine Standortattraktivität. Es ist zu befürchten, dass die bürgerlichen Parteien den Sparhebel beim Personal wohl noch weiter ansetzen werden. Gespart wird in allen Bereichen, aber ganz speziell auch in der Bildung. Stossend ist, dass u. a. die Arbeitszeiten der Fächer Musik, Bildnerisches Gestalten und Sport erhöht werden, mit der saloppen und inhaltlich falschen Begründung, diese Lehrpersonen müssten weniger vor- und nachbereiten. Die Regierung ignorierte, dass nebst anderen auch 18 relevante Organisationen des Bildungswesens sich klar dagegen stellten. Wie argumentativ schwach die Finanzdirektion agiert, zeigt, dass sie u. a. schreibt, dass «eine Lehrperson einer kantonalen Schule die Erhöhung der Pflichtlektionenzahl unterstützt».

Lastenverschiebung an Gemeinden
Trotz deutlicher Kritik von Gemeinden und Bürgergemeinden sowie dürftiger rechtlicher Argumentation bezüglich Zuständigkeit will der Kanton die Betreuung suchtkranker Menschen – 2 Millionen Fran-

ken – an die Gemeinden abschieben. Zynisch ist, dass die Regierung schreibt, die Gemeinden würden «zurückhaltender platzieren» und darum nicht die vollen Kosten übernehmen müssten. Sie unterstellt den Gemeinden, diese lassen Menschen verwaarloosen, um zu sparen. Hier gilt es zu erwähnen, dass sich alle Zuger Einwohnergemeinden mit dem Kanton auf eine Neu-Erarbeitung des ZFA geeinigt haben. Dabei leisten die Gemeinden für zwei bis fünf Jahre einen Solidaritätsbeitrag von jährlich 11,5 Millionen Franken an den Kanton. Ausserdem erhöhen die Gemeinden ihren Beitrag um die effektiven zusätzlichen gemeindlichen Steuereinnahmen, die das Entlastungsprogramm generiert. Geschätzt werden diese auf 6,5 Millionen. Die laufende Rechnung des Kantons wird also jährlich maximal um 18 Millionen entlastet. Im Gegenzug beteiligt sich der Kanton weiterhin mit 4,5 Millionen pro Jahr am intrakantonalen Finanzausgleich. Dies ermöglicht es den Gemeinden wie dem Kanton, bis Ende 2018 die Aufgabenteilung zwischen Gemeinden und Kanton neu zu definieren. Ziel dieser Reform ist es, statt Kosten zu verlagern, die Aufgaben wirksam und kostensparend zu verteilen. Wir sind gespannt, wie sich diese «Zusammenarbeit» weiterentwickelt.

Leistungsabbau und Lastenverschiebung

Leider zeigt die Regierung bis jetzt sehr geringe Dialogbereitschaft bei der Erarbeitung des gesamten Sparpakets. Man muss annehmen, dass die Regierung und vor allem die federführende Finanzdirektion das Sparpaket im stillen Kämmerlein

ausheckte und nun rücksichtslos durchdrücken will. Ein Armutszeugnis für den gemäss Eigenwerbung wirtschaftsstärksten Standort der Schweiz. Zudem gilt es zu beachten: Nicht alle auf der Abbildung aufgeführten Bereiche des Sparpakets werden mit «Sparen» bestraft. Es gibt durchaus Bereiche, wo man beispielsweise mit zusätzlichen Gebühren eine Steigerung der Einnahmen erzielen will. Bei der geplanten Entlastung kann es sich also um effektiven Leistungsabbau handeln, und auch um Lastenverschiebungen oder eine neue Art der Finanzierung, zum Beispiel via Lotteriefonds oder eine Spezialfinanzierung.

Umsetzung in vier Schritten

Die Umsetzung des Sparpakets erfolgt in vier Schritten:

1. über Verordnungsänderungen (Paket 1 – Kompetenz Regierungsrat)
2. über ein geschnürtes Paket an Gesetzesänderungen (Paket 2 – Kompetenz Kantonsrat)
3. über separate Gesetzesvorlagen (Paket 2 – sep. Vorlage – Kompetenz Kantonsrat)
4. über das Anpassungen im Budget (Kompetenz Kantonsrat)

Die Hauptlast den Profiteuren

Die Alternativen – die Grünen (ALG) lehnen das regierungsrätliche Entwurf «Belastungsprogramm» in dieser Form entschieden ab. Nicht die Bürgerinnen und Bürger sollen durch pauschale Gebührenerhöhungen und Reduzierungen der Pauschalabzüge bei den Steuern belastet werden. Nicht die breite Bevölkerung soll durch massive Leistungskürzungen bei Bildung, Familie, Sozialem, Sicherheit und öffentlichem Verkehr die versalzene Suppe der übertriebenen Steuersenkungen auslöffeln. Die Hauptlast sollen jene tragen, die während Jahren massiv von den

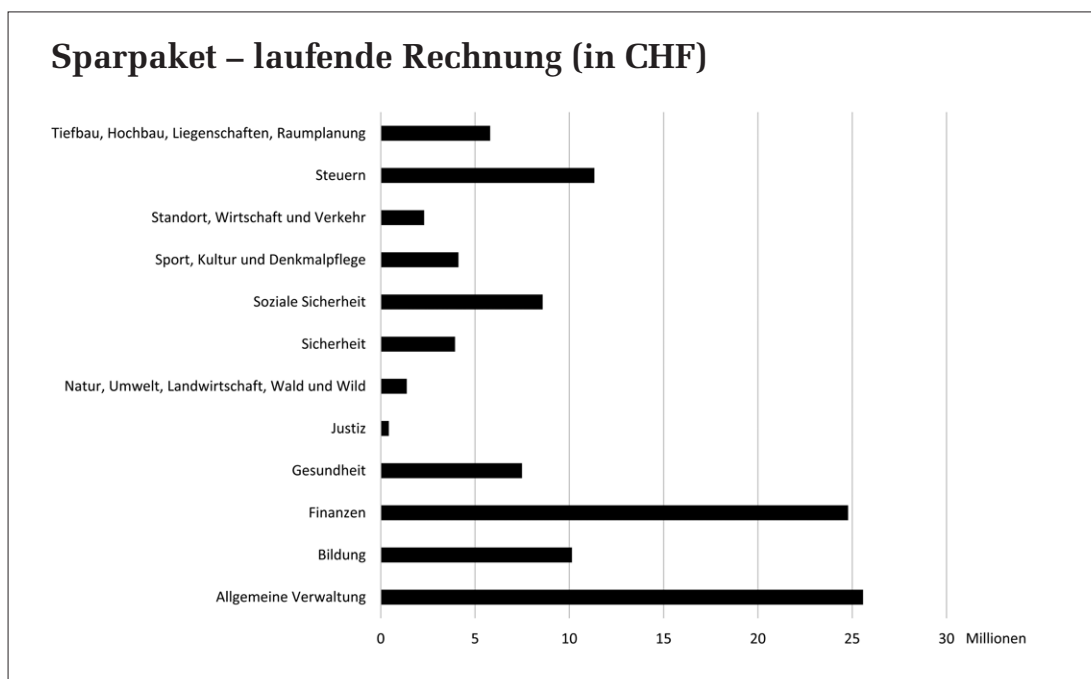


Abbildung 11: Aufschlüsselung der Bereiche, wo in der laufenden Rechnung beim Kanton Zug angesetzt werden soll. (Quelle: Finanzdirektion des Kantons Zug)

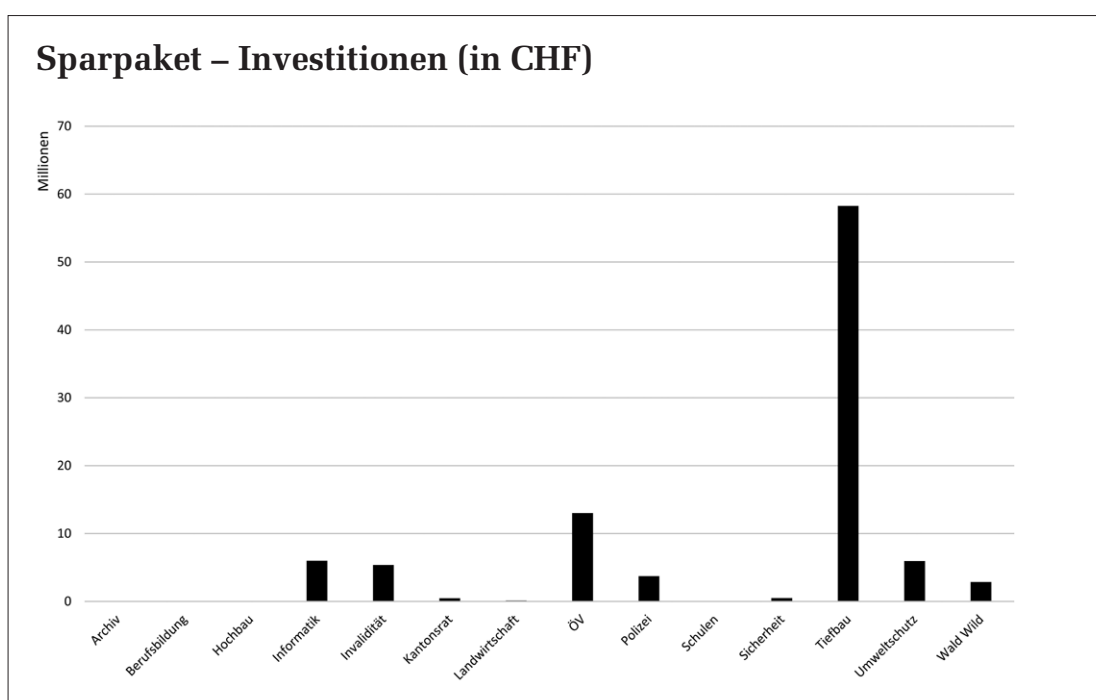


Abbildung 12: Sparen bei den Investitionen. Oftmals werden Massnahmen aufgeschoben, was möglicherweise zu einer teureren Umsetzung in der Zukunft führen wird. (Quelle: Finanzdirektion des Kantons Zug)

18

Tiefststeuern profitiert haben und deren Zuwachs dem Kanton Zug auch die hohen NFA-Kosten beschert haben: Privilegierte Firmen und Aktionäre – und zwar durch gezielte, massvolle Steuererhöhungen. Zudem fordern wir, dass der Kanton Zug im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III des Bundes nicht, wie vom Finanzdirektor geplant, die Unternehmenssteuern noch weiter senkt. Die breite Bevölkerung hat von der Wachstums- und Tiefststeuerepolitik schon länger nicht mehr profitiert. Sie wurde vielmehr durch hohe Wohn- und Lebenskosten sowie durch Mehrverkehr, Zubetonierung der Landschaft und geschürte Identitätsängste belastet. Jetzt soll sie für dies Politik auch noch «bezahlen»?

Opfersymmetrie für alle?

Unser Finanzdirektor Peter Hegglin spricht von «Opfersymmetrie», die es für einen gesunden Staatshaushalt jetzt brauche. Doch zwei Gruppen müssen, wie es scheint, nichts «opfern»: Erstens die steuerlich privilegierten Firmen und Aktionäre und zweitens die Regierung. Von der Regierung fordern wir, dass diese, ganz im Sinne der «Opfersymmetrie» mindestens 10 Prozent ihres Lohns opfert. Zudem sollten wohl auch die Mitglieder des Kantonsrates einen Beitrag leisten und einen Teil ihrer Entschädigungen «opfern». Die ALG setzt sich seit Jahren für einen gesunden Staatshaushalt ein. Sie warnte vor der ruinösen Steuerenkungspolitik der Regierung und lehnte oft als einzige Fraktion im Kantonsrat übertriebene und teure Infrastrukturprojekte, wie beispielsweise die Umfahrung Cham-Hünenberg, die Tangente Baar/Zug oder das neue Verwaltungszentrum ab.

Zug einen Schritt zurück statt voraus
Der Regierungsrat will laut seiner Strategie mit «Zug einen Schritt voraus» sein. Mit dem vorgestellten «Belastungsprogramm» katapultiert

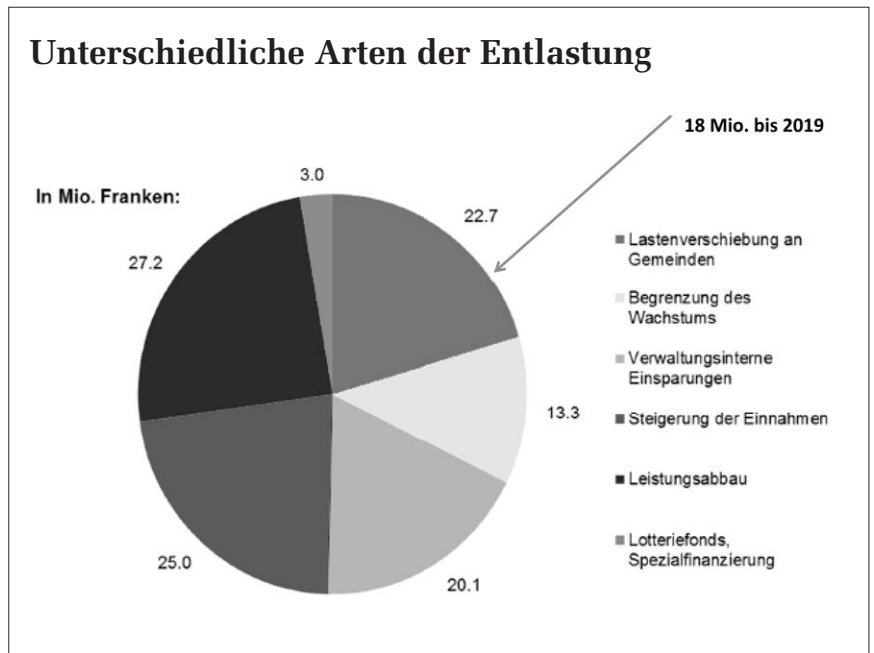


Abbildung 13: Sparpaket des Kantons Zug: Jedes Jahr sollen mehr als 110 Millionen Franken weggespart werden. (Quelle: Finanzdirektion des Kantons Zug)

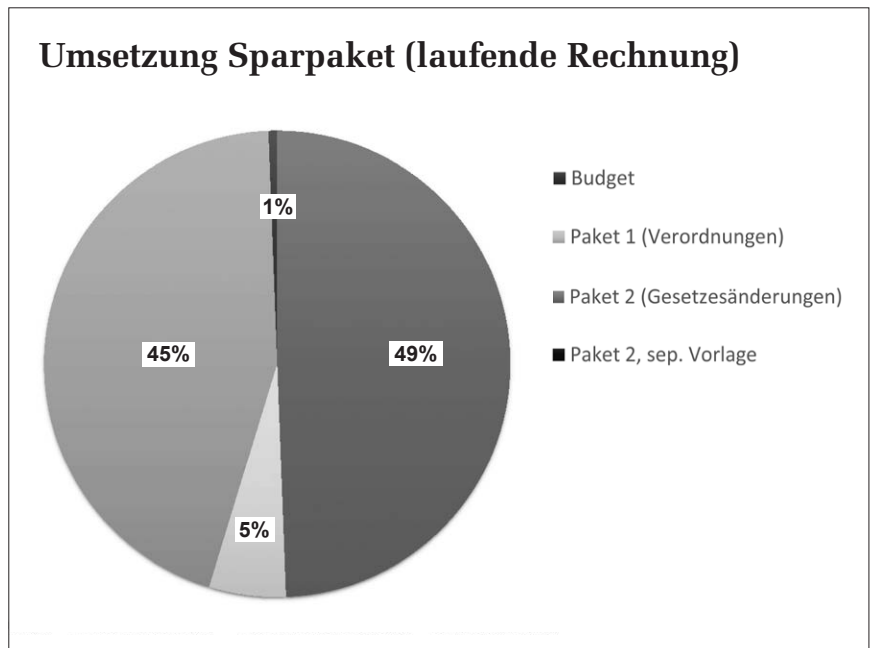


Abbildung 14: Umsetzung des kantonalen Sparpakets: Massnahmen welche via Budget (49%) und auf Verordnungsebene (5%) umgesetzt werden können machen knapp 55% des ganzen Entlastungsprogramms aus. Das zweite Paket der Gesetzesänderungen wird im Parlament 2016 diskutiert und macht noch etwa 45% der Umsetzung aus. (Quelle: Finanzdirektion des Kantons Zug)

er unseren Kanton aber zurück in die Provinz und begnügt sich mit dem Mittelmaß oder unterdurchschnittlichen Leistungen. Das kann und darf nicht sein. Am Schluss bleiben neben tiefen Steuern für Privilegierte nicht einmal mehr anständige Leistungen für Normalverdienende. Mit dem «Belastungsprogramm» beweist der Regierungsrat selbst, dass seine Steuer- und Finanzstrategie nicht zu Gunsten der Mehrheit der Bevölkerung ist und damit schlichtweg nicht mehr haltbar ist.

Wenig vorausschauende Finanz- und Wirtschaftspolitik

Die Regierung hat mit ihrer wenig vorausschauenden Finanz- und Wirtschaftspolitik den Kanton Zug in die roten Zahlen geführt, trotz verschiedenster Warnungen der Alternativen – die Grünen, dass die für die Standortattraktivität unnötigen Steuerersenkungen den Zuger Staatshaushalt gefährden. Rund 5,7 Millionen will die Regierung mit dem ersten Paket des «Entlastungsprogramms» einsparen. Stossend ist, dass weder das Volk noch der Kantonsrat in diesem Schritt mitbestimmen können. Umso mehr, da die Finanzdirektion trotz zahlreicher Vernehmlassungen von Gemeinden, Personalverbänden, Parteien und anderen Interessierten auf deren Kritik nicht im Geringsten eingegangen ist und die Vorlagen fast unverändert vom Regierungsrat beschlossen wurden. Paket 1 sowie vom Regierungsrat angedachte Budgetbeschlüsse machen über die Hälfte des ganzen Sparpaketes aus. Diese Spar- und Entlastungsmassnahmen treten somit bereits 2016 in Kraft, ohne dass die Öffentlichkeit in diesen Bereichen mitbestimmen konnte. Klar, der Kantonsrat debattiert das Budget und die Leistungsziele für die kommenden Jahre, aber aufgrund der schieren Grösse des Sparpaketes wird eine differenzierte Auseinandersetzung im Rat schwierig. ■



Sparpaket – wie weiter?

Andreas Hürlimann, Stefan Gisler und Anastas Odermatt; Kantonsräte Alternative – die Grünen

20

In einer Interpellationsantwort zeigt die Zuger Regierung in einer schönen Zusammenstellung die bürgerlichen Steuersünden der letzten 15 Jahre auf: Die Zuger Steuersenkungen führten zu Einnahmeverlusten bei Kanton und Gemeinden von heute jährlich über 200 Millionen Franken, die auf Bundesebene (Unternehmenssteuerreform II) zu Verlusten für Zug von rund 70 Millionen Franken jährlich führen.

Die weitgehend erkenntnisresistenten Bürgerlichen sind durch Fakten leider kaum zu irritieren. Darum gilt es, in Kürze in Erinnerung zu rufen, dass Zug seine roten Zahlen der verfehlten bürgerlichen Steuerpolitik zu verdanken hat – deren Auswirkungen auf NFA, Steuereinnahmen, Staatshaushalt und auch der Lebens- und Wohnkostenanstieg für die Bevölkerung wurde im besten Falle in ideologischer Verblendung falsch eingeschätzt, im schlimmeren wissend

Zugs Finanzdirektion schweizweit – nebst dem Kanton Schwyz, der sich mit seiner Steuerpolitik ebenfalls mit Anlauf in die Wand fährt – am schlechtesten budgetierte.

Eine Steuererhöhung ist nötig

Leider kann man vom aktuellen Kantonsrat nicht erwarten, dass er sich in den nächsten Monaten zu einer sachlichen Steuer- und Wirtschaftspolitik mit gezielten Steuererhöhungen, dort wo es der Bevölkerung



Durchschnittlicher Budgetierungsfehler 1999–2012

(Anteil der Abweichung des tatsächlichen vom budgetierten Saldo an den effektiven Einnahmen)

SZ	8.8%	GE	5.4%	OW	4.4%	UR	3.7%	LU	3.0%	JU	0.1%
ZG	7.6%	BS	5.4%	BL	4.3%	FR	3.5%	AR	2.9%		
AI	6.4%	VD	4.8%	BE	4.0%	VS	3.4%	NE	2.9%		
ZH	6.1%	TI	4.8%	NW	3.8%	AG	3.3%	TG	2.8%		
GR	6.1%	SO	4.6%	SG	3.8%	SH	3.1%	GL	1.9%		

Abbildung 15: Der Kanton Zug nimmt auch in der fehlerhaften Budgetierung eine Spitzenposition ein. (Quelle SGB, Dossier Nr. 99 vom Dezember 2013)

und rücksichtslos zum Wohle einer privilegierten Minderheit durchgeboxt. Auf alle von uns Alternativen und Grünen im Kantonsrat seit 2007 geäusserten Bedenken, ob wir uns die jeweiligen Steuersenkungen leisten können, antwortete der Finanzdirektor noch bis zum Juli 2014 – drei Wochen vor Bekanntgabe des Sparpakets mit JA! Interessierte können die jeweiligen Aussagen in den Kantonsratsprotokollen nachlesen. Wenig hilfreich war dabei, dass

nicht weh tut, durchringt, um sowohl Leistungsqualität und Staatshaushalt zu sichern. Aber von der Regierung kann man schon erwarten, dass sie angesichts der NFA-Entwicklungen, angesichts der sich anbahnenden Unternehmenssteuerreform III, angesichts des wachsenden Widerstands in der betroffenen Bevölkerung und dem wahrscheinlichen Scheitern des zweiten Sparpakets an der Urne 2016 neue Wege beschreitet und zumindest neue Steuerstrategien öffent-

lich diskutiert. Denn wie im Kanton Schwyz wird man auch im Kanton Zug nicht um gezielte Steuererhöhungen herumkommen. Und wie in einem vorangegangenen Artikel aufgezeigt, kann sich der Kanton Zug eine solche Erhöhung – auch im bürgerlich betrachteten Kontext einer interkantonalen und internationalen guten Positionierung als Wirtschaftskanton – locker leisten.

Wir bleiben dran!

So wie das Sparpaket heute daherkommt, wird es Zug mit ziemlicher Sicherheit nicht in die schwarzen Zahlen führen. Und da noch mehr Sparen einfach nicht drinliegt, müssen wir mit den Steuern rauf. Und das lieber sanft und heute – als mit dem Rücken zur Wand morgen (mit dem Risiko, dass dann wirklich Steuer-substrat abwandert). Die Fraktion der Alternativen – die Grünen (ALG) wird sich im Kantonsrat und zusammen mit Partnerorganisationen für einen baldmöglichen Wechsel in der Zuger Spar- und Steuerdebatte einsetzen. Ein hartes Stück Arbeit liegt vor uns. Danke für jede Unterstützung! ■

Die nächsten Schritte

Das Entlastungsprogramm des Regierungsrates wurde im Eiltempo erarbeitet und unterliegt laufenden Anpassungen und Änderungen. Dies ist für die Diskussion in den politischen Behörden, Parteien und Interessensgruppen nicht gerade förderlich. Nicht selten ist man sich der Tragweite einer Entscheidung oder der längerfristigen Auswirkungen wohl nicht vollends im Klaren. Die ALG plädiert für eine Verlangsamung des Prozesses, damit die Massnahmen und all ihre Auswirkungen diskutiert, abgewogen und beschlossen werden können. Angesichts der grossen Reserven von über eine Milliarde Franken und den Einsparungen von 235 Millionen beim Stadttunnel, kann sich Zug diese Zeit für nachhaltige Finanzpolitik nehmen. Folgende Hauptschritte aus unserer Sicht werden die weitere Diskussion des aktuellen Sparpakets prägen:

1. Die ALG plant eine Initiative zu massvollen und gezielten Steuererhöhungen bei den grossen Profiteuren der Tiefsteuerpolitik, wenn die Regierung 2015 hier nicht selber ihre Strategie Richtung mehr Steuererechtigkeit ändert. Zug ist z. B. heute europaweit noch immer einer der attraktivsten Orte für Vermögende und würde dies auch bleiben. Und die Steuerprivilegien für Holdings, gemischte Gesellschaften, Domizilfirmen gehören ersatzlos abgeschafft. Auch darf Zug im Rahmen der Unternehmenssteuerreform 3 die Gewinnsteuern nicht wie von Finanzdirektor Heggin geplant, von 14,7 auf 12 Prozent senken und gleichzeitig neue Steuerumgehungsvehikel (Lizenzboxen etc.) einführen.
2. Gemeinsam mit Partnern streben wir das Referendum gegen das Paket 2 des Entlastungsprogramms an. Im zweiten Paket ist ein ganzer Strauss von Gesetzesänderungen angedacht, die in einem Mantelerlass zur Beratung im Kantonsrat gebracht wird. Gegen welche Teile des Sparpakets das Referendum ergriffen wird, soll diskutiert und während der Beratung entschieden werden. Der Kantonsrat wird dieses Paket voraussichtlich im 2. Quartal 2016 beraten.
3. Widerstand gegen das Budgetpaket im November 2015 im Kantonsrat. Hier wird die Fraktion der Alternativen – die Grünen gezielt Anträge stellen, um zu versuchen die angedachten Sparmassnahmen abzufedern. Leider ist das Budget des Kantons nicht referendumsfähig, weshalb das Volk hier nicht das letzte Wort haben kann.

Stimmenfang

BULLETIN | Bilder Alternative – die Grünen

22 Mit verschiedenen Aktivitäten im Zusammenhang mit den Nationalratswahlen sind die Alternativen – die Grünen auf der Strasse unterwegs. Wir lassen die Bilder sprechen und wünschen, dass diese starke Präsenz dem Kanton Zug eine alternativ-grüne Vertretung im National- oder Ständerat bringt.



Frauenpower am O Sole Bio. An einem Nachmittag wurden mehrere hundert Unterschriften gesammelt.



Ein flottes Duo aus Baar.



Alle Generationen waren mit dabei!



Die Zukunft in vollem Tempo.



Zur tollen Musik wurde diskutiert ...



Ein Bouquet steht für die Chamer und Hünenberger PendlerInnen bereit.



... und Leckerbissen aus Demeter- und Biohöfen probiert.



Ein grünes Trio auf Stimmenfang in Cham.



Kein Meter Vorsprung wurde kampflos überlassen!



Sammelkönig Andreas Kretz erklärt die Wohnraum-Initiative.



24

Was ist der Unterschied zwischen dem Münchner Oktoberfest und den Zuger Oktoberwahlen? Beim einen gibt's eine **Bierschwemme**, beim anderen eine KandidatInnenschwemme.

Diese Überflutung geht einher mit einer Plakat- und Inserateschwemme sondergleichen. Und das für **lausige** 5 Sitze.

Dabei ist doch dank Majorz beim Ständerat und wegen der GLP beim Nationalrat schon alles zum **Voraus** gelaufen.

Wenn im Ständerat CVP und FDP gemeinsame Sache machen, ist im Majorz alles klar. So kommt es, dass der **schlechteste** Finanzminister, den dieser Kanton je hatte (und das heisst etwas, wenn wir uns schauernd an seine VorgängerInnen erinnern), komfortabel gewählt wird. Wem haben wir den finanziellen Debakel-Kombi «NFA/Steuersenkungen à gogo» massgeblich zu verdanken?

Aber auch der rechteste CVPLer im Nationalrat und der einflussloseste Hinterbänkler der FDP sind praktisch gewählt, nachdem die **GLP** eine Listenverbindung mit den beiden eingegangen ist. Das ist der GLP offenbar selber etwas peinlich – auf ihrer Webseite findet sich nicht der kleinste Hinweis darauf.

Noch immer rätseln deshalb Politauguren über dieses Blackout der **Zucchetti-Grünen** (ausser grün, innen bleich). Da hilft ein Leserinnenbrief von NR-Kandidatin

Kottelat: «Damit die Ökologie in der Politik mehr Gewicht bekommt, ist die Unterstützung der bürgerlichen Parteien notwendig. Der aggressive Linkskurs der Grünen hat leider dazu geführt, dass ‚grüne‘ Anliegen allzu oft auf eine Wand der kollektiven und harschen Ablehnung stossen.» Also Leute, merkt es euch: wenn die Herren Pfister und Pezzatti im Nationalrat gegen ökologische Anliegen stimmen, sind die Linken schuld!

Wenigstens ist die GLP konsequent beim politischen **Harakiri**: Sie hat sich für den Majorz eingesetzt, auf dass es nie einen grünliberalen Sitz im Regierungsrat oder im Stadtrat von Zug geben wird. Und damit das ganz sicher so bleibt, ist ihnen auch einerlei, wenn der nächste Angriff von CVP/FDP auf die Zuger Linke kommt: Die Verkleinerung des Regierungsrates von sieben auf fünf. Zitat NR-Kandidat Stadlin: «Die Frage, ob sich der Regierungsrat künftig aus fünf oder sieben Mitgliedern zusammensetzen soll, ist aus meiner Sicht von untergeordneter Bedeutung.»

Von untergeordneter Bedeutung sind auch die **SpitzenkandidatInnen** der SP. So klein ist das Vertrauen in die drei bei der SP, dass gleich noch vier andere Listen mit insgesamt 12 Namen hermussten. Titel des Theaterstückes: «Zari and the eleven nobodies».

Da will die andere linke Partei im Kanton nicht hintanstellen und stellt auch drei Listen auf. Was dann dazu geführt hat,

dass die beiden linken Parteien zusammen **800 Unterschriften** für ihre 8 Listen sammeln mussten. Kratzt sich ein Altlinker nachdenklich am Kopf und murmelt: «Vielleicht hätten wir mit den 800 Unterschriften lieber ein kantonales Referendum gemacht. Gründe gibt es bei dem Kantonsrat ja genug.»

Immerhin bekommt SP-Kandidat Hubert Schuler Sukkurs von seinem Parteikollegen und periodisch fleissigen Leserbriefschreiber Urs Diethelm. Getreu dem Motto «Haut Dir einer auf die Flosse, ist es sicher ein **Genosse!**» verbindet Diethelm seine Intimfeindschaft zu Stadtpräsident Dolfi Müller (SP) und dessen Einsatz für den Stadttunnel quasi reziprok mit einer Wahlempfehlung für Schuler. Tipp an Urs D. – der Stadttunnel wurde nicht in Bern entschieden.

Währenddessen erinnern sich nicht nur Bürgerliche mit Grausen an das kantonsrätliche Ratsführungsduo **Schuler/Moser**. Führungsstärke bei Schuler – Fehlanzeige. Und Landschreiber und Backdoor-CVP-Strippenzieher Tobias Moser liess Schuler eins ums andere Mal ins Fettnäpfchen trampen.

Von vielen Fettnäpfen profitieren die Bauern. Die Fettnäpfe werden von einer ausufernden **Bürokratie** verwaltet. Wie ausufernd, erfährt, wer die Personalzeitung des Kantons Zug liest. Im Porträt von Thomas W. – Sachbearbeiter Direktzahlungen – steht wortwörtlich: «Eine vielfältige und zugleich

bürokratische Aufgabe. Denn Direktzahlungen verteilen sich heute auf über 50 Einzelposten. Die eidgenössischen Kriterien sind bis ins kleinste Detail geregelt. «Vom Futter bis zur Ohrmarke, vom Gewässerschutz bis zur Milchhygiene – über 2000 Positionen müssen wir bei Kontrollen überprüfen», erklärt Wiederkehr.» Wo bleibt der Protest der SVP, die doch bei jeder Gelegenheit gegen Staat und Bürokratie wettet?

Einer, der das auch fast tagtäglich tut, ist der FDP-Präsident Philipp Müller. Der hat bei uns etwas gelernt. Bei ausserpolitischen, akut karrieregefährdenden Problemen – **Erinnerungslücke!!**

Dieselbe wird Müllers Parteikollege Bruno Pezzatti geltend machen, falls er nach zwei weiteren Jahren Nationalrat entgegen seinen öffentlichen Aussagen **frühzeitig** den Sessel räumt. Immerhin übt er so – mit 66 – schon mal die Rentenaltererhöhung, welche die FDP so gerne sähe.

Damit wäre dann auch das laute Türensuschlagen von Ex-FDP-Präsident und ExExEx-Kandidat Andreas Kleeb geklärt. Der hoffte, nach so oft Nicht-gewählt-werden doch wenigstens in den Nationalrat **nachrutschen** zu dürfen, wenn Pezzatti vorzeitig geht. Doch statt Pezzatti hat die FDP-Rennleitung die Ägerer Treuhänderin Gabriela Ingold in Stellung gebracht. Wahlmotto «Erfrischend liberal». Ein Blick auf Ingolds Realpolitik ergibt allerdings: «Abgestanden neoliberal».



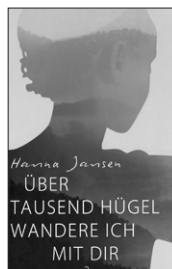
Büchermail

Liebe Leserin, lieber Leser
Die grösste Sommerhitze wird wohl vorbei sein, wenn dieses BULLETIN erscheint. Solche Hitzesommer gab es auch schon früher. Das Buch «Das Flirren am Horizont» vom Westschweizer Schriftsteller Roland Buti handelt in der Zeit der Dürre von 1976. Aus der Sicht des 13-jährigen Gus (August) Sutter wird das Auseinanderfallen seiner Familie erzählt. Die bäuerliche Existenz wird durch die unerträgliche Hitze zerstört, die elterliche Beziehung zerbricht und am Ende des Sommers ist die Kindheit von Gus zu Ende. Der Roman wurde mit dem Schweizer Literaturpreis 2014 prämiert.



Die aktuellen Kriege zwingen immer wieder Millionen Menschen zur Flucht. Zum Überleben und auch zur Verarbeitung der Migration schreiben betroffene Menschen Bücher, die uns einen winzigen Einblick in den Horror und das Chaos einer Flucht geben. Ein eindrückliches Jugendbuch zu diesem Thema heisst «Über tausend Hügel wandere ich mit dir» von Hanna Jansen. Es wurde erstmals 2002 publiziert und ist in diesem Jahr vom Hammer-Verlag neu aufgelegt worden. Die Autorin hat viele Kinder- und Jugendbücher geschrieben. Sie lebt mit ihrem Mann in einer Grossfamilie: Dreizehn Kinder aus aller Welt fanden bei ihnen ein neues Zuhause. Auch die Hauptfigur des Romans, die achtjährige Jeanne, gehört zur Grossfamilie. Jeannes ganze Familie wurde 1994 Opfer des Völkermords in Ruanda. Jeanne entkam als einzige ihrer Familie dem Massaker. Sie wurde zwei Jahre später von einer in

Deutschland lebenden Tante nach Deutschland geholt und in der Grossfamilie aufgenommen. Das Buch entstand, weil Jeanne sich erinnern und erzählen wollte. Der Roman erzählt von ihrer Angst und Verzweiflung, aber auch von ihrem Mut, ihrem Stolz und ihrem Willen, die Katastrophe zu überleben. Auch für Erwachsene eine eindrückliche Lektüre.



Die chinesisch-malaiischstämmige Schriftstellerin Madeleine Thien aus Kanada hat den Roman «Flüchtige Seelen» geschrieben. Die Hauptperson Janie, eine Wissenschaftlerin am Neurologischen Institut der Universität von Montreal, ist

vor Jahren aus Kambodscha nach Kanada geflohen. Als ihr Kollege und Mentor von einem Tag auf den anderen verschwindet, bricht über ihr alles wieder herein, was sie lange gut verborgen hatte: die Flucht als kleines Mädchen aus Phnom Penh, die Zerstörung ihrer Familie, der Terror der Roten Khmer und ihre Flucht. Der Roman wechselt zwischen Vergangenheit und Gegenwart und ist sehr eindrücklich. Die Autorin hat mit diesem Buch den Literaturpreis 2015 (ein Publikumspreis), gesponsert von der Frankfurter Buchmesse, gewonnen.



Freundliche Grüsse
Arlene Wyttenbach

Zürich liest

Das Buchfestival in Zürich, Winterthur und Region: 22.–25. Oktober 2015 (www.zuerich-liest.ch)

Ein paar Rosinen aus dem grossen Angebot:

Wohnzimmer-Lesungen: Am Donnerstag, 22. Oktober, an verschiedenen Festival-Orten. Literaturbegeisterte Zürcher, Winterthurer und Usterner öffnen ihre Wohnungstüren dem Publikum! Die Autorinnen/Autoren lesen im gemütlichen Kreis aus ihren Büchern und plaudern im Anschluss bei einem Glas Wein mit dem Gastgeber und den Zuhörern.

Tramfahrten: Am Freitag, 23. Oktober, 15.30: Anne Cuneo – eine Hommage an eine grosse Schriftstellerin. Die Westschweizer Autorin Anne Cuneo hatte ein bewegtes und spannendes Leben. Sie hinterlässt ein Werk, das viele Menschen erreicht und berührt hat. Auf einer Fahrt durch ihre Wahlheimat Zürich ermöglichen ausgewählte Texte Einblicke in ihr Schaffen. Gedenken wir der grossen Schriftstellerin. Es lesen: Graziella Rossi und Helmut Vogel.

Literarische Spaziergänge: Samstag, 24. Oktober, 10.30 oder 14.00: Dada Zürich – ein «literarischer» Vorgriff auf 2016. 2016 wird ein «Dada-Jahr». Als Einstimmung führt der literarische Spaziergang an «Dada-Orte», zu Künstlern und Schriftstellern über das bekannte Cabaret Voltaire an der Spiegelgasse hinaus. Dabei begegnen wir neben Hans Arp, Tristan Tzara und Hugo und Emmy Ball-Hennings u. a. Friedrich Glauser ebenso wie Max Oppenheimer (Mopp), Otto Flake und Hans Roelli, Han Cor(r)ay und Augusto Giacometti u. a. m.





26

Star

Montag, 12. Oktober 2015,
20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Vorstellung im Rahmen der Trigon-Filmreihe «Im Gotthard um die Welt». Mascha glaubt, ihr Körper würde nicht dem entsprechen, was Medien und Werbung ihr als Ideal vorführen. Schlecht, wenn man Filmstar werden will ... Die junge Moskauerin listet auf, was sie an sich ändern möchte: Ohren anpassen, Beine begradigen, Busen auspolstern, Lippen aufpumpen. Doch die Kosten kann Mascha sich nicht leisten. Ein berührender Film über das Zwischenmenschliche und eine kritische Auseinandersetzung mit heutigen Schönheitsidealen. Anna Melikyans «Star» lässt sich gleichzeitig als Märchen und Tragikomödie verstehen.

**Morgarten findet statt**

Donnerstag, 15. Oktober 2015,
20.15 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Wiedersehen aus aktuellem Anlass mit Erich Langjahrs nicht unkritischem Film zur Schlachtfeier. Der Film aus dem Jahr 1978 wurde aufwändig restauriert und

digitalisiert. Ermässigter Eintritt für FLIZ-Mitglieder.

**Homo Faber**

Montag, 9. November 2015,
20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Richard Dindo holt Max Frischs Roman in einem berührend schönen Essayfilm ins Leben ... mit einem unsichtbaren Liebhaber und drei stummen Frauen. Die Geschichte um den Ingenieur Faber – der sich in New York von seiner Geliebten trennt, nach Europa zurückreist und auf dem Schiff ein zwanzigjähriges Mädchen kennen und lieben lernt, das ihn an seine einstige grosse Liebe erinnert – hat Richard Dindo gewissermassen bis aufs Skelett reduziert. Im Film agieren nämlich fast ausschliesslich diese drei Frauen (Daphné Baiwir, Amanda Barron und Marthe Keller). Faber selber ist nur durch im Off gelesene Romanpassagen präsent. Der Regisseur ist anwesend!

**Soundbreaker**

Montag, 14. Dezember 2015,
20 Uhr,
im Kino Gotthard Zug

Vergiss alles, was du jemals über Akkordeonmusik gehört oder gesehen hast. Kimmo Koskelas Film über Kimmo Pohjens inneren Kampf ist ein Fest für Augen und Ohren: Hinreissende Bilder, wenig Worte, viel Musik. Der Regisseur ist anwesend!



Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug

**Mittwoch, 7. Oktober, Monatsbar der Alternative – die Grünen Zug**

ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal
Chamerstrasse, 33 Zug
Mit Köchinnen und Köchen
der Grünen Steinhausen

Freitag, 15. Oktober, FAIRführung – Ein Stadtrundgang, der zu fairem Shoppen fairführt

18.30 Uhr Bahnhof Zug
(Treffpunkt)
Die etwas andere Shopping-Tour. Mit ihrem «Poschtizettel» geht Maria Greco diesmal auf Einkaufstour durch Zug. Auf unterhaltsame Art wird gezeigt, wie Konsumentinnen und Konsumenten aktiv werden und zu einer gerechteren Welt beitragen können. Sie wird unerhörte Geschichten erzählen von Sand in der Jeans, von Soja im Fleisch, von Blut im Handy und vom Regenwald in der Seife. Eine Kooperation der Regionalgruppe Zentralschweiz der EvB und des Romero-Hauses Luzern mit der Geschichtenerzählerin Maria Greco, unterstützt von den Alternativen – die Grünen Zug und Claro Fair Trade

Sonntag, 18. Oktober, Wahlsonntag:

National- und Ständeratswahlen

Dienstag, 20. Oktober, FAIRführung – Ein Stadtrundgang, der zu fairem Shoppen fairführt

18.30 Uhr Bahnhof Zug
(Treffpunkt)



**Mittwoch 28. Oktober,
FAIRführung – Ein Stadt-
rundgang, der zu fairem
Shoppen fairführt**
18.30 Uhr Bahnhof Zug
(Treffpunkt)

**Mittwoch, 4. November,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**
ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal
Chamerstrasse 33, Zug
Es kocht jeweils eine lokale
Gruppierung der Alternative –
die Grünen Zug.

**Samstag, 7. November,
DV Grüne Schweiz**
in Bern

**Sonntag 29. November,
Abstimmungssonntag**

**Mittwoch, 2. Dezember,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug**
ab 18.30 Uhr im Siehbachsaal
Chamerstrasse 33, Zug
Es kocht jeweils eine lokale
Gruppierung der Alternative –
die Grünen Zug.

Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen
Zug**
Postfach 4806, 6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen
Zug:
Mo und Do 9–16 Uhr

**Alternative – die Grünen
Baar**
Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**
Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**
Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**
Postfach 4805, 6304 Zug
info@alternative-stadt.ch

**Forum Oberägeri
Philipp Röllin**
roellin.ph@bluemail.ch

**Grünes Forum Hünenberg
Rita Hofer**
rita_hofer@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz
Irene Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@alternative-zug.ch

Junge Alternative Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne
Fraktion im Kantonsrat**
www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
www.gruene.ch



Namentlich kennzeichnete
Artikel unterliegen der
alleinigen Verantwortung
der AutorInnen.

BULLETIN
Nr. 3, September 2015
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug,
bulletin@alternative-zug.ch

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Lorenzo Martinoni

Lektorin:
Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling-Papier)

Titelbild:
Paula Gisler

Nutzaufgabe:
800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 4/2015:
Freitag, 27. November 2015

Erscheinungsdatum
Nr. 4/2015:
Freitag, 19. Dezember 2015

«DAS BULLETIN»
im Internet unter
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

